

Mai/Juni 2012 | Nummer 168

NO FUTURE

KEIN „TAG DER DEUTSCHEN ZUKUNFT“

NAZIAUFMARSCH VERHINDERN

Vorwort

Moin,

der Sommer naht und wir hoffen dass er dieses mal seinen Namen auch verdient. Neben den diversen Camps die dieses Jahr stattfinden und von denen wir euch einige hier vorstellen wollen, liegt unser Augenmerk (wie eures hoffentlich auch) auf dem Naziaufmarsch im Juni. Sorgen wir dafür dass der „Tag der Zukunft“ im nächsten Heft ein für alle mal der Vergangenheit angehört! Ihr werdet uns dann selbstverständlich mit spannenden Berichten, über die vielfältigen Aktionen, die Seiten der Juli/August Ausgabe füllen! Wir freuen uns schon darauf ;)

Außerdem bringen wir hier einen Text zu den Castorprotesten im letzten November, auf den wir erst jetzt gestoßen sind. Zwar sind bereits einige Monate vergangen. Den Text finden wir aber sehr lesenswert, um einen Nachblick zu der Kampagne „Atomstaat stilllegen“ zu geben.

Wir wollten auch gerne den Text „Wer nur Eins sieht, übersieht unendlich viel“ veröffentlichen, aber leider, übersteigt das die „Tod-Holz“-Kapazitäten unseres Heftes. Ihr findet den lesenswerten Text unter linksunten.indymedia (https://linksunten.indymedia.org/en/node/54990)

So....alles andere entnehmt ihr dem Heftchen! Und nicht vergessen: Wie immer sind wir zur Erhaltung des Blättchens auf eure tatkräftige Unterstüzung angewiesen! Also schreibt Artikel, die ihr uns zusendet und spendet (bzw. macht Solioaktionen) um die finanziellen Engpässe zu bewältigen!

Also dann....all we need is a long, long summer!

Die ZECK-Redaktion

P.S.: Wir sagen auch hiermit nochmal ausdrücklich DANKE für die eingegangenen Spenden und die Schoki!



Inhalt — **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Autonome VV
Di 15.05. 20 Uhr
Rote Flora
Thema: Naziaufmarsch 02.06.

####################################

Gegen die kapitalistische Stadt: - IvI verteidigen!

Das Plenum des besetzten politisch-kulturellen Zentrums Roten Flora und die Kampagne "Flora bleibt unverträglich!" aus Hamburg solidarisieren sich mit dem besetzten Frankfurter Institut für vergleichende Irrelevanz (IvI), das durch den Verkauf des Gebäudes an den Immobilien-Investor Franconofurt aktuell von Räumung bedroht ist.
Wir leben in Städten, die immer mehr Räume der Verwertungslogik unterwerfen und die alle, die dabei nicht mitspielen wollen oder können, an den (Stadt-)Rand drängen. Mit der Besetzung des leer stehenden ehemaligen Instituts für Anglistik an der Uni Frankfurt und der Entstehung des IvI im Jahr 2003 wurde der Stadt Frankfurt ein Raum abgetrotzt, der im aktiven Widerspruch zu dieser Logik steht. Ein selbstverwalteter Raum für unkommerzielle Kultur, der sich quer stellt zu den herrschen Ausschlussmechanismen. Ein Ort der radikalen Kritik am Bestehenden, die sich nicht über den Runden Tisch ziehen lässt.
Damals wie heute, in Frankfurt wie in Hamburg zeigt sich: Es sind genügend Räume da zum Wohnen und Arbeiten, für Kultur und Politik und genügend Güter für ein schönes Leben für alle. Doch weil es der Kapitalismus aufgrund seiner eigenen Betriebslogik niemals hinbekommen kann, Ressourcen und Räume für alle zugänglich zu machen, müssen wir das selbst erledigen. Kollektive Aneignungspraktiken wie Hausbesetzungen produzieren Störfaktoren in der kapitalistischen Verwertung des Raums. Sie können schwarze Löcher in der Eigentumsordnung erzeugen, Perspektiven auf Möglichkeiten eines vergesellschafteten Gemeinsamen eröffnen und zu Kristallisationspunkten in den politischen Kämpfen um ein Recht auf Stadt werden.
Deshalb sind besetzte Projekte wie das IvI oder die Rote Flora immer wieder Versuchen staatlicher und privater Akteure ausgesetzt, sie ruhig zu stellen oder gewaltsam zu beenden. In den daraus resultierenden Kämpfen entwickeln sich immer auch politische Bewegung und Solidarität. Die Geschichte unzähliger besetzter Räume zeigt, dass es möglich ist, den politischen Preis für eine Räumung so hoch zu treiben, dass er unbezahlbar wird.
Der Verkauf des Flora-Gebäudes durch die Stadt Hamburg an den privaten Investor Klausmartin Kretschmer vor 11 Jahren war keineswegs das Ende des Projekts Rote Flora. Genauso ist der jetzige Verkauf des IvI-Gebäudes durch die Uni Frankfurt an den Immobilien-Investor Franconofurt nicht das Ende des IvI, sondern Auftakt für neue Kämpfe um den städtischen Raum!
Der aktuelle Kampf um das IvI und die kommenden Kämpfe um die Rote Flora stehen nicht getrennt voneinander, sondern sind Teil des Versuchs, den herrschenden Verhältnissen die Pflege und Kultivierung von Störfaktoren sowie die selbstbestimmte Aneignung des Lebens entgegenzusetzen.
Wir wünschen Euch viel Kraft und senden Euch solidarische Grüße aus der Roten Flora.
IvI bleibt!

Plenum der Roten Flora
und Kampagne
"Flora bleibt unverträglich!"

####################################

Veranstaltung Eschenhof

Seit März organisieren wir ein „Baby und Kleinmenschentreff“ auf dem Eschenhof. Die Veranstaltung soll Kindern die Möglichkeit bieten im freien Spiel miteinander zu interagieren und Spaß zu haben. Die Zeit, in der die Kinder kollektiv betreut sind, kann von den Bezugspersonen genutzt werden, um sich auszutauschen und verschiedene Themen zu diskutieren.
Beim ersten Treffen war es angedacht einen kleinen Input zur Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit , „undoing-Gender“ Ansätzen und queerer Pädagogik zu geben, auf dessen Grundlage dann diskutiert werden sollte, welche Bedeutung diese Theorien im alltäglichen Umgang mit Kindern haben.
Um möglichst viele Menschen zu erreichen, Bezugspersonen, aber auch Interessierte aus -zum Beispiel- einem queer-feministischen Umfeld, wollten wir die Veranstaltung auf dem Bewegugsmelder bewerben.
Da diese aber bis zum Tage der Veranstaltung nicht veröffentlicht wurde, fragten wir nach und bekamen die knappe Antort, dass generell „nix zum Thema Kinder“ aufgenommen wird.
Leicht ungläubig ob einer solchen intoleranten, unsolidarischen Antwort, erbaten wir eine ausführlichere Stellungnahme.
In dieser wurde dann unsere Veranstaltung mit einem Familienausflug nach Teufelsbrück gleichgesetzt. Ein ziemlich dummer Vergleich, ist die Veranstaltung ja gerade gedacht um kleinfamiliäre Strukturen in Frage zu stellen und im Idealfal ein Stück weit aufzubrechen.
Der abwertende Tonfall der Mails wundert uns, da wir genau den Weg beschritten haben, den die „Admins“ des Bewegungsmelders vorschlagen. So ist der Hompepage zu entnehmen, dass sie offen für „Vorschläge und Kritik“ sind. Umso enttäuschender ist es derartig abgebügelt zu werden. Abgesehen davon sehen wir immer noch keinen wirklichen Grund warum die Veranstaltung nicht aufgenommen wurde. Gerade angesichts der zahlreichen kommerziellen Partys die beworben werden, fragen wir uns wie genau die Auswahlkriterien aussehen.
Da wir nicht den Eindruck haben, dass der/die Bewegungsmelder_Innen ein Interesse daran haben sachlich zu diskutieren haben wir uns nun entschieden den ganzen Vorgang öffentlich zu machen.
Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass wir schon länger ein Defizit bei der Frage nach der Vereinbarkeit von (post)autonomer Politik und Kindern sehen.
Veranstaltungen mit/für/von Kindern, die „politisch“ sind gehören auf den Bewegungsmelder. Sollten tatsächlich so viele Veranstaltung gemeldet werden, dass der Arbeitsaufwand zu groß wird (was wir hoffen aber nicht wirklich glauben). wären wir bereit eine extra Kategorie zu verwalten.
Ansonsten freuen wir uns über eine rege Diskussion!

Der Eschenhof

####################################

Global Solidarity with Pussyriot

Pussy Riot ist ein feministisches Punkrokkkollektiv aus Moskau, das mit spektakulären Protesten auf Missstände in der russischen Gesellschaft aufmerksam macht. Inhaltlich beschäftigen sich die Aktivistinnen mit der Situation von Frauen, mit Präsident Putin, den Wahlen uvm. Pussy Riot sparen nicht mit Kritik an Kirche und Nationalismus, sie sind explizit feministisch, antisexistisch und treten klar gegen Homophobie und Rassismus auf. Gebildet wird das Kollektiv mit gestrickten Hassis als "Markenzeichen" von rund 10 Aktivistinnen und weiteren UnterstützerInnen, die z.B. die Performances filmen und im Internet verbreiten.
Bei einer Aktion Ende Februar 2012 performten Pussy Riot in einer Kirche ohne Erlaubnis ihren neuesten Song „Mutter Gottes, vertreib uns unseren Putin“. Dies führte zu Anzeigen durch Würdenträger der orthodoxen Kirche und selbst Putin himself äußerte sich "negativ" zu der der Aktion. In den letzten Tagen folgten Verhaf-

tungen von mehreren Pussy Riot-Aktivistinnen. Am 5. März verhängte ein Moskauer Gericht die Untersuchungshaft über Maria Alechina und Nadeschda Tolokonnikowa - sie müssen bis April in Haft bleiben und befinden sich derzeit im Hungerstreik. Den beiden jungen Müttern droht eine langjährige Haftstrafe wegen "Rowdytums" nach dem russischen Hooliganparagrafen, im schlimmsten Fall könnten sie zu sieben Jahren Haft verurteilt werden.
Letzte News:
20.4.2012: Das Gericht entscheidet, dass die drei Pussy Riot - AktivistInnen weitere zwei Monate in Untersuchungshaft bleiben müssen.
Die Konten für Überweisungen aus dem Ausland:
Euro-Konto
ZAO Raiffeisenbank SWIFT: RZBMRUMM
Kontonummer: 40817978701000488760
Begünstigter: Feygin Mark Zakharovich
Verwendungszweck: legal services in the case of PR

Dollar-Konto
AO Raiffeisenbank SWIFT: RZBMRUMM
Kontonummer: 40817840101000100239
Begünstigter: Feygin Mark Zakharovich
Verwendungszweck: legal services in the case of PR

####################################

Solidarität mit Stella Antoniou

Am 07.04.2012 haben sich im Rahmen des Soli-Aufrufs für Stella Antoniou in Hamburg einige Leute zusammengefunden, um sich mit der in Griechenland inhaftierten Stella Antoniou und ihren Gefährt_innen zu solidarisieren.
Vor dem griechischen Konsulat, am Gänsemarkt und in der Susannenstraße wurden Flyer verteilt und Transparente gehalten, die auf die Situation von Stella im Knast aufmerksam machen sollen. Außerdem wurde darüber Informiert, dass in vielen verschiedenen Städten in Griechenland Demonstrationen und Soli- Aktionen liefen. Ihre 3 Gefährten traten gestern in Hungerstreik, für die sofortige Freilassung von Stella und um gegen das Konstrukt der Polizei gegen sie zu protestieren.
Stella hat sich ebenfalls eine Woche später (auf Grund ihrer gesundheitlichen Situation) dem Hungerstreik angeschlossen.



Info:
Stella Antoniou wurde am 4. Dezember 2010 zusammen mit 5 weiteren Menschen in Athen festgenommen. Stella ist Anarchistin und wird beschuldigt Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Sie wird seit 15 Monaten festgehalten, ohne bisher ein Gerichtsverfahren gehabt zu haben. Sie hat bereits 5 mal erfolglos ihre Freilassung beantragt. Stella leidet an einer seltenen Krankheit, sie braucht spezielle Medikamente und muss sich oft in medizinische Behandlung begeben, dies wird ihr jedoch immer wieder verwehrt. In Folge dessen hat sich ihr Gesundheitszustand radikal verschlechtert.
Zeigt Stella und den Gefährten in den Knästen eure Solidarität! Freiheit für Alle!

Ihr könnt Stella schreiben:
Stella Antoniou
Kleisti Kentriki Filaki Ginaikon Korydallou-B' Pteriga
T.K. 18110,
Korydallos, Athens, Greece

Aktuelle Infos zu Kämpfen in Griechenland und der Situation der Gefangenen:
actforfree.nostate.net
abc-berlin.net

####################################

BUKO Kongress

Kommt kongressen! Einladung zum 34. BUKO - vom 17.-20.05. in Erfurt

Und was ist die BUKO? Die Bundeskoordination Internationalismus ist eines der ältesten Basis-Netzwerke in Deutschland (1977) mit über 100 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitischen Organisationen, Initiativen, Kampagnen & Zeitschriften. Sie steht für emanzipatorische Politik, radikale Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse und eine internationalistische Bewegung. Sie ist Ort linker, herrschaftskritischer Debatten und vernetzt eigene Kampagnen und Arbeitszusammenhänge.
Es geht ums Ganze beim 34. Bundeskongress Internationalismus (BUKO) und gerade deshalb auch um den genauen Blick auf die global unterschiedlichen Realitäten und Nord-Süd-Verhältnisse.
Krisen Vor allem für die Länder des Südens ist die Krise ein sich verschärfender Dauerzustand: Klimawandel, Ressourcenausbeutung, Rohstoffraub, Landgrabbing, Hungerkatastrophen, Verteilungskriege - die Ausbeutung von Mensch und Natur im Interesse der Länder des Nordens nimmt zunehmend katastrophale Ausmaße an. Auch die innereuropäischen Ungleichheiten verschärfen sich massiv, die reichen Länder zwingen die Krisengeschüttelten in die Knie und die Menschen massenhaft in Armut. Wie kann eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen für alle aussehen? Wie können wir zu einem Lebensstil kommen, der weniger bzw. gar keine systembedingten Krisen verursacht?
Kämpfe Die Proteste und Aufstände vervielfältigen sich: Revolutionen in der arabischen Welt, Massenproteste in Griechenland, Portugal, Spanien, Sozialproteste in Israel, die von New York sich weltweit ausbreitende Occupy-Bewegung: Was sind die Gemeinsamkeiten der Revolten und Proteste und wo liegen Unterschiede? Wie können sich die verschiedenen Akteur_innen lokaler Kämpfe aufeinander beziehen? Wie können Solidarität und gemeinsamer Widerstand organisiert werden?
Transformationen Wir möchten gemeinsam ausloten, wie emanzipatorische Veränderungen im Alltag aussehen können, welche positiven Beispiele für Selbstorganisation, für andere Formen des Lebens und Wirtschaftens es gibt und wollen über das Bestehende hinaus blicken: Wie könnte das Unmöglich-Mögliche aussehen?
www.buko.info/buko-ongresse/buko-34

Nachbereitung Autonomen VollVersammlung vom 15.03.2012

Bei der Auswertung der AVV und im Gespräch mit einigen Teilnehmer_innen sind uns ein paar Dinge aufgefallen, die wir -auch im Hinblick auf künftige AVVs- für interessant und diskussionswürdig halten. Darum haben wir uns entschieden einen Text zur Nachbereitung zu veröffentlichen.

Konkret zur MärzAVV

Im Februar wurde kritisiert, dass auf der AVV immer nur Aktionen durchgekaut werden und kaum inhaltliche Diskussionen stattfinden. Auf diese Kritik wollten wir eingehen und eine stärker inhatlich orientierte AVV organisieren.

Unsere Absicht war, im ersten Teil des Abends einen Überblick über die Ereignisse in der radikalen griechischen Linken seit 2008 zu geben. Darum haben wir eine Genossin, die 2008 noch in Griechenland lebte eingeladen. Da wir den Teilnehmenden die Möglichkeit zur Interaktion bieten wollten, hatten wir uns für einen fragengeleiteten Input entschieden. Anstatt eines „frontal Vortrags“ sollte eine Gesprächsatmosphäre entstehen, und Langeweile eben dadurch vorgebeugt werden, dass jede/jeder die Fragen stellen kann die ihn/sie interessieren.

Im zweiten Teil hätten wir uns gewünscht, auf Basis des Inputs in einer großen bzw. mehreren Kleingruppen zu diskutieren, ob und wie wir in Solidarität mit den griechischen Kämpfenden intervenieren könnten. Abschließend sollte noch Zeit bleiben, um etwas konkretes vorzubereiten. So viel zu unseren Plänen.

Der Ablauf änderte sich dann schon vor Beginn der AVV, da zufällig zwei weitere griechische Genoss_Innen zu uns stießen, die die von uns eingeladene Gefährtin bei der Aufarbeitung der Ereignisse und Beantwortung der Fragen unterstützten. Deren Mitwirkung hat sicherlich dazu beigetragen, die Situation in Griechenland noch besser fassen zu können. Darüber hinnaus wurden so verschiedene Einschätzungen zu den Ereignissen deutlich. Allerdings kostete das Übersetzen einiges an Zeit.

Abgesehen von dieser spontanen Änderung nahm das Fragen stellen und beantworten mehr Zeit in Anspruch als gedacht. An dem Abend hat sich gezeigt, dass der Zeitrahmen nicht ausreichend für unsere Pläne war. Dies mag an dem allgemein gehaltenen Thema liegen und daran, dass es nicht oft die Möglichkeit gibt, sich mit Genoss_Innen aus Griechenland direkt auszutauschen.

Einen wichtigen Grund sehen wir aber vor allem darin, dass wir, ungeübt in Moderation, unseren zuvor erarbeiteten Zeitplan nicht gegen den Wunsch der Teilnehmenden, noch weiter Fragen zu stellen, durchsetzen konnten.

Für einige aus der Vorbereitungsgruppe ist Paritzipation seitens des Plenums ein wichtiges Element einer solchen Veranstaltung und hatten folglich auch keine Lust „strikt“ zu moderieren.

Hinzu kommt, dass das Thema und der Input vielleicht nicht kontrovers genug waren, um Lust auf eine Diskussion zu machen. Hier hätte es helfen können, streitbare Thesen in das Plenum zu geben.

Eine tiefergehende Diskussion fand auf jeden Fall nicht statt und der Abend war eher eine reine Informationsveranstaltung. Wir finden es aber nach wie vor wichtig, dass die AVV nicht nur ein Angebot für Information und Vernetzung bietet, sondern dass wir weiter darauf hinarbeiten, dort auch inhaltliche Diskussionen führen zu können.

Allgemeines zur Autonomen VollVersammlung

Das Spannungsfeld zwischen Einbeziehung der Teilnehmer_Innen und einer straffen, zielgerichteten Organisation der Versammlung wird uns dabei auch in Zukunft beschäftigen. Vergrößert wird dieses Spannungsfeld durch den offenen Charakter der AVV - es kommen viele Menschen mit unterschiedlichen Ansprüchen. Manche die es als niedrigschwelliges Angebot nutzen wollen, um sich zu vernetzen und Kontakte zu knüpfen, andere um sich/ihre Gruppe auf dem laufenden zu halten, wieder andere um eine Aktion vorzustellen, und ganz andere um inhaltlich zu diskutieren. Je nach Moderation/ Art der AVV werden verschiedene von ihnen enttäuscht werden.

So kann es sein, dass die Mehrheit der Anwesenden eher darauf eingestellt ist passiv Infos zu konsumieren und keine Lust darauf hat aktiv mitzudiskutieren. Gerade NeueinsteigerInnen können sich schnell überfordert fühlen, wenn verlangt wird sich einzubringen.

Da könnte es helfen wenn vor einer AVV klarer kommuniziert wird in welche Richtung die Veranstaltung geht. Von Vortrag und Diskussion, über Workshops bis hin zu Kleingruppen ist vieles denkbar. Zu Beginn könnte auch der Zeitplan klar strukturiert vorgestellt werden.

Wir haben uns auch gefragt, warum es eine solche Zurückhaltung gibt, die Moderation/Vorbereitung der AVV zu übernehmen. Unsere Vermutungen sind, dass das generelle Klima der Versammlung, Angst vor Kritik, mangelndes Selbstbewußtsein, oder die Selbsteinschätzung als nicht kompetent genug, dazu beitragen.

Hier können ein Moderationsworkshop oder ein „Wie mache(n) ich/wir ne AVV“-Papier weiterhelfen. Generell scheint es aber für Einzelpersonen problematisch die Vorbereitung/Moderation zu übernehmen, an dem Punkt könnten organisierte Gruppen unterstützen.

Aufruf zur Diskussion

Da keine feste Grupppe die AVV organisiert werden Diskussionen oft mehrfach geführt. So kommt es auch, dass die Diskussion um/über die AVV an sich periodisch wieder auftaucht und dann in Vergessenheit gerät. Dabei ist in manchen Punkten Kontinuität von Vorteil, da ansonsten alte Argumente/Probleme neu endeckt werden müssen. Seit Beginn der AVV gibt es unterschiedliche Meinungen, was genau mit ihr erreicht werden und wie die Organisation aussehen soll. Bei nur einem monatlichen Treffen ist es schwer anknüpfende Diskussionen zu führen, wobei klar ist, dass nicht jede AVV sich selbst als Thema haben kann.

Darum wollen wir versuchen eine schriftliche Diskussion anzustoßen, die natürlich bei Interesse auch auf die AVV selbst getragen werden kann.

Fürs erste freuen wir uns über Rückmeldung an: avv_diskussion@riseup.net oder an die Zeck!

AVVmärz-vorbereitungs-crew

Für einen solidarischen und respektvollen Umgang in linken Strukturen! Gewaltverhältnisse bekämpfen!

Am 24.12.2011 fand ein Angriff von 8 Menschen aus dem Spektrum der Roten Szene Hamburg (RSH) auf 3 Personen statt, die von diesen dem Spektrum „der Antideutschen" zugerechnet wurden. Dokumentiert und thematisiert ist der Vorfall bereits durch den Text „Alle Jahre wieder" (http://allejahrewieder.blogsport.de/). Dieser Übergriff ist kein Einzelfall. Er reiht sich ein in eine Reihe von Angriffen in den vergangenen Jahren.

Für uns als Plenum der Roten Flora und Kampagne „Flora bleibt unverträglich" ist das aktuelle Ereignis ein erneuter und überfälliger Anlass, sich in einem politischen Konflikt zu positionieren, der vielfach auf der Ebene persönlicher Anfeindungen ausgetragen wird, der viele seit langem nur noch nervt, aber dennoch keine Privatsache ist, sondern eine politische Frage, die alle angeht.

In der Konsequenz lehnen wir eine Zusammenarbeit mit der RSH, der TAN (heute Assoziation Dämmerung) und der Sozialistischen Linken (SoL) ab. Hintergrund dieser Entscheidung sind nicht nur die wiederholten gewaltsamen Angriffe auf politische Gegner_innen, sondern auch die Blockade und Verhinderung des Claude Lanzmann-Filmes „Warum Israel" im B-Movie Ende 2009.

Blickpunkt Flora

Aus der Perspektive der Flora wird es vermutlich keine Antworten geben, die die Anhänger_innen absoluter Positionierungen zufrieden stellen werden. Weder im Haus noch um dieses herum. Die Flora war und ist immer auch ein Spiegelbild der Konflikte und Auseinandersetzungen der radikalen Linken. Entsprechend heterogen sind die Blickwinkel, die hier zusammenkommen. Wir halten diese Heterogenität jedoch nicht einfach für einen Mangel, sondern sehen in ihr die Chance, über Differenzen hinweg politische Grenzen innerhalb linker radikaler Bewegungen zu bestimmen und ohne Anspruch auf umfassende Klärung und absolute Wahrheit einen (Minimal)Konsens zu entwickeln, um Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

Wir sehen die Rolle der Flora nicht darin, sich zur Szene-Polizei zu erheben oder sich als moralischen Machtfaktor zu inszenieren. Stattdessen wollen wir den Diskussionstand von Gruppen und Projekten im Haus, die sich auf dem Plenum vernetzen, transparent machen und uns als Teil der radikalen Linken in den Rahmen der Auseinandersetzung stellen. Dies bedeutet, nicht über Konflikte zugunsten einer vermeintlichen Harmonie hinwegzusehen, sondern sich einzumischen, das Maul aufzumachen und gegebenenfalls auch Nein zu sagen.

Tanz auf dem Drahtseil

Ausgangspunkt ist für uns die Verweigerung, sich einem dualistischen Lagerdenken zu verpflichten, das Freund und Feind wahlweise als „AntiDs" oder „AntiImps" bestimmt und jede Position in diese Logik einsortiert. So sind wir zum Beispiel zutiefst angeödet von dem Reflex, eine jede unangenehme Kritik des Antisemitismus zum Problem anderer Leute oder mit dem Verweis auf ihren vermeintlichen oder tatsächlichen antideutschen Ausgangspunkt für von vornherein erledigt zu erklären. Ebenso wenig ist irgendwem geholfen, wenn etwa internationale oder globale Kämpfe und ein diesbezügliches Engagement selbstgefällig zu reaktionärem Dreck erklärt wird, statt den unterschiedlichen Ausgangspunkten und Ungleichzeitigkeiten in einer Perspektive kritischer Solidarität zu begegnen. Politische Perspektiven entstehen durch (selbst)kritisches Einlassen auf unbequeme Fragestellungen und Ambivalenzen und nicht durch deren selbstgenügsame Abwicklung vom eigenen Standpunkt aus.

Im aktuellen Konflikt werden Dualismus und Identitätspolitik aber nicht nur durch die Inszenierung verfeindeter Lager befestigt, sondern auch durch weit verbreitetes (und oftmals nicht minder identitäres) Nichtverhalten der Szene und politisch entleerte Abgrenzung in alle (beide) Richtungen. Ein gutes schlechtes Beispiel dafür ist der Text „Szeneperistaltik", mit dem die Gruppe AG/R auf die Verhinderung von „Warum Israel" im B-Movie reagierte (www.nadir.org/nadir/initiativ/agr/szeneperistaltik.html). Der politische Konflikt um Antisemitismus und die Präsenz übergriffiger Gewalt innerhalb der Auseinandersetzung wird hier auf ein „Gezänk zwischen Antideutschen und Antiimps" und auf die „Suche nach Identität" reduziert, mit dem die AG/R nichts zu tun haben will. Ein Problem ist diese Abgrenzung nicht deswegen, weil sie Kritik an Inhalten und Verhaltensweisen formuliert, sondern weil der Verweis auf die allseitige Unzulänglichkeit darauf hinausläuft, sich gar nicht mehr in Beziehung zu setzen und sich die unerträgliche Neutralität der Mitte zu bewahren, frei von Inhalt und Praxis. Ein leerer Ort. – Uns geht es weder darum, uns selbst auf der einen oder anderen Seite einzugemeinden, noch halten wir die Mitte für den richtigen Ort für linke, radikale Politik.

Alltäglicher Wahnsinn

Viele Protagonist_innen zeigen im aktuellen Geschehen teilweise ein katastrophales Konfliktverhalten, in dem die inhaltliche Auseinandersetzung hinter polemischen Getöse, identitären Gesten, Eingemeindungen und Abgrenzungen verschwindet oder gar ganz zum Erliegen kommt. Das oftmals komplizierte und komplexe Konfliktgeschehen wird dabei zu oft durch Vereinfachung und pauschale Schuldzuschreibung handhabbar gemacht und im Sinne der jeweiligen Partei als scheinbare Schlacht von Gut gegen Böse erneut in Bewegung gesetzt. Die politische Ausgangsfrage und die sie begleitenden Konflikte werden so zu einer Frage der reinen Parteilichkeit verkürzt und als eine Schmierenkomödie neuaufgeführt, in der Rumgemacker und emotionsgeladenes Gedisse im Stil verfeindeter Gangs die Regie übernehmen. Diese Ober- und Untertöne leisten selbst (ungewollt) einen Beitrag zur Entpolitisierung und stehen einer weitergehenden politischen Auseinandersetzung entgegen.

Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, jedes Ereignis und jede Aktion der letzten Jahre aufzudröseln, wollen aber zwei Punkte klarstellen: Besonders ätzende Formen nimmt – erstens – das Geschehen immer wieder im Rahmen abendlicher Partyveranstaltungen an, auf denen die Konfliktparteien aneinander geraten und meinen, alkoholgepegelte Revierkämpfe austragen zu müssen. Ein respektvoller Umgang in innerlinken Konflikten, der den politischen Gegner ernst nimmt, gehört für uns zu den Basisbanalitäten. Die Flora ist für uns kein neutraler Ort, aber auch nicht das Territorium für Auseinandersetzungen auf der Ebene solcher Revierkämpfe. Auch und gerade wenn politisch ernst zu nehmende Konflikte im Spiel sind: Solange Leute kein Hausverbot durch einen gemeinsamen Plenumsbeschluss haben und sich an die

grundsätzlichen Regeln halten, können sie sich hier aufhalten und feiern. Darüber hinaus bedarf es erneut und immer wieder der Entwicklung differenzierter Umgangsweisen, die Widersprüche und Konflikte ernst nehmen und sie zugleich in einen politischen Kontext stellen.
Eine andere Variante ist zweitens, Personen der jeweils anderen Seite „Anti-Antifa-Arbeit“ vorzuwerfen, vom Abfotografieren von Demoteilnehmer_innen über die Veröffentlichung der Bilder bis hin zur Nennung von Namen in Texten und Artikeln. Solche Praktiken haben in der Auseinandersetzung nichts zu suchen und lassen sich auch nicht dadurch rechtfertigen, den politischen Gegner aus der Linken heraus zu definieren. Nachweisliche Aktivitäten in diese Richtung stellen tatsächlich eine politische Zusammenarbeit in Frage. – An dieser Stelle sei angemerkt, dass der diesbezügliche Vorwurf gegen einen der kürzlich angegriffenen Genossen nach unserem Informationstand schlicht Verleumdung ist, während etwa die „Kommunistische Assoziation Hamburg“ (KAH), deren einziger Sinn und Zweck der Kampf gegen alles vermeintlich Antideutsche zu sein scheint, in ihren Veröffentlichungen gezielt denunziatorisch und frei von der Leber zieht, wer, wann, wie, wo, was.

Mythen der Gewalt

Anlässlich des Übergriffs von Ende Dezember lassen sich in der Szene – vereinfacht gesprochen – zwei mittlerweile allzu bekannte Reaktionsschemata vorfinden. Die eine Reaktion sieht in dem physischen Angriff auf Genoss_innen einen Rückfall in die Barbarei vormoderner Zustände, gegen die es die Mindeststandards der bürgerlichen Gesellschaft zu verteidigen gilt. Die andere Reaktion trivialisiert den Angriff zu einer „Schelle“, die aus guten Gründen einen womöglich gar nicht mehr so linken Menschen getroffen hat, was wiederum durch seine Hinwendung zum Repressionsapparat des bürgerlichen Rechtsstaats bestätigt sein soll.
Wir bestehen weiterhin nachdrücklich darauf, die Ereignisse als Bestandteil einer innerlinken Auseinandersetzung zu begreifen! Das eigentliche Problem ist aber, dass in beiden Fällen die Deutung der Gewalt hinter die Diskussionen der radikalen Linken zu diesem Thema zurückfällt. Ein Ausgangspunkt linker Politik ist die Einsicht, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse vielförmig gewalttätig sind. Der ganze Laden wird am Laufen gehalten, indem das Gewaltmonopol dem Staat zugesprochen wird, während andere Formen der Gewalt bekämpft, verschleiert und in ein vermeintlich friedliches zivilgesellschaftliches Miteinander aufgelöst werden.
Ein wesentlicher Ansatz linker Politik ist es, diesem Mechanismus eine militante und selbstbestimmte Praxis entgegenzusetzen, um Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen und Gegenmacht aufzubauen. Militanz in diesem Sinne ist nicht einfach gleichzusetzen mit Gewalt, sondern meint zunächst einmal ein selbstbestimmtes Handeln – was den Einsatz von Gewalt beinhalten kann. Dabei heiligt weder der Zweck die Mittel, noch sind die Mittel Selbstzweck. Es ist weder hilfreich, entsetzt vor „der Gewalt“ zu erstarren, noch sie zu trivialisieren. Stattdessen bedarf es eines genauen Begriffs der herrschenden Verhältnisse sowie einer verantwortungsvollen und inhaltlichen Bestimmung der eigenen Praxis.

Grenzgänge

Während es auf dieser Grundlage oftmals richtig ist, Nazis und Bullen die Straße entgegenzusetzen, ist für uns eine Grenze überschritten, wenn Leute in innerlinken politischen Auseinandersetzungen physisch oder psychisch beeinträchtigt werden. Sicherlich werden wir in unseren Strukturen und unserer Organisierung, in unseren Debatten und Kämpfen auch immer wieder die Gewalt der Verhältnisse reproduzieren. Doch unser Ziel muss es sein, bereits im Hier und Jetzt andere Formen des Miteinanders zu entwickeln. Wir werden uns dabei immer im Fluss befinden, Fehler machen, uns korrigieren und die Grenzen des Möglichen neu abstecken müssen.
Wenn es im aktuellen Rahmen immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen kommt, die auf die Einschüchterung des politischen Gegners zielen, ist dieser Umgang in keinster Weise zu tolerieren. Wie wir versucht haben darzulegen, ist dies nicht nur eine Frage der Form, sondern auch eine politische Frage. Besonders eklatant ist die Allgemeinheit der Zielsetzung: Anscheinend reicht es für die Protagonist_innen der Übergriffe aus, dass eine Person sich mit ihnen unliebsamen Positionen engagiert, um diese als „antideutsch“ zu labeln und zum Abschuss frei zu geben.
An diesem Punkt geht es nicht nur um das – wiederholt – gewalttätige Agieren von Menschen aus dem Spektrum der RSH, sondern auch um Aktionen aus dem Spektrum der SoL oder um die Anfeindungen gegen einen Flora-Aktivisten, der seit dem Sommer 2011 von einer Person aus dem engen Umfeld der ehemaligen TAN mehrmals bespuckt und bedroht worden ist. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit politischen Protagonist_innen einer solchen Praxis – namentlich mit RSH, SoL und TAN/Assoziation Dämmerung – ab. Mit solchen Übergriffen muss Schluss sein! Ungeachtet sonstiger Differenzen halten wir es für die Aufgabe aller, dafür zu sorgen, dass das Ganze aufhört.

Keine Zusammenarbeit mit Bullen und Justiz

Wir halten Anzeigen weder für ein richtiges Mittel, noch für einen sinnvollen Umgang bei Gewaltübergriffen im Rahmen linker Strukturen. Eben diese Haltung erfordert aber auch ein aktives und solidarisches Verhalten der Szene in solchen Fällen.
Ganz absonderlich wird es, wenn vorherige Übergriffe auf Betroffene mit daraus folgendem Bullenstress legitimiert werden. Diese Argumentation ist völlig verlogen und eine Umkehr des Gewaltverhältnisses. Zudem haben wir den Eindruck, dass Betroffene bisweilen durch reine Behauptungen oder die Streuung von Gerüchten gezielt unglaubwürdig gemacht werden sollen. So wurde auch in den Raum gestellt, dass im Zuge der Ereignisse vom 24.12. „Denunziation und Aussagen bei Polizei oder Justiz“ stattgefunden hätten. Nach unserem Kenntnisstand ist dies jedoch nicht der Fall. – Solche Formen des anpolitisierten Tratsches und personalisierten Mobbings finden wir zum Kotzen, auch in den eigenen Umfeldern.
Uns ist klar, dass die Haltung „keine Zusammenarbeit mit der Polizei“ in der Realität ihre Grenzen hat, z.B. bei schweren Verletzungen, Vergewaltigungen oder auch bei Übergriffen von Nazis. Wir leben nicht in einer befreiten Welt und für Betroffene von Gewalt gilt dies ganz besonders. Dennoch ist uns wichtig, zu vermitteln, dass Strafe und Justiz nicht unbedingt Sicherheit für Betroffene bedeuten, sondern auch ein gesellschaftliches Rachebedürfnis stillen und stets dem Fortbestand der Verhältnisse dienen.
Der Rückgriff auf polizeilichen Schutz im Rahmen einer akuten Bedrohung ist jedoch kein „Verrat“ sondern eine Niederlage – nicht der schutzsuchenden Person, sondern einer Linken, in der es soweit kommen kann/muss. Wo es darüber hinaus aber um die Offenlegung von Namen und Strukturen linker Gruppen geht, machen sich Betroffene zum Teil des Repressionsapparates und gefährden nicht nur sich selbst, sondern linke und autonome Standards insgesamt.

Antisemitismus als Filmboykott

Es gibt in der Flora einen politischen Konsens, dass Antisemitismus zu bekämpfen ist. Keinen umfassenden Konsens gibt es hingegen, wo dieser beginnt, was diesen ausmacht und wie ihm zu begegnen ist. Hier gilt es, am Ball zu bleiben, die Diskussion im Projekt wie auch in der autonomen Szene

insgesamt weiter und über unterschiedliche Standpunkte hinweg zusammen zu führen.
Im Spektrum der Flora ist die Demonstration vom Dezember 2009 gegen die Verhinderung des Filmes „Warum Israel" in ihrer inhaltlichen Ausrichtung und ihrem Ausdruck unterschiedlich bewertet worden, von nachdenklicher Zustimmung bis offener Ablehnung. Ein Konsens besteht jedoch darüber, dass die Blockade eines Filmes eines jüdischen Widerstandskämpfers und Dokumentarfilmers, der sich mit Israel als Konsequenz aus der Shoah auseinandersetzt, völlig inakzeptabel ist.
Wir finden diesen Konsens, der in der Erklärung der Flora zu den Vorfällen dokumentiert ist (www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/news/20090030.html), einen ebenso wichtigen wie eigentlich selbstverständlichen Standpunkt. Auch im Rahmen der Filmblockade kam es zur Anwendung von Gewalt, woran Protagonist_innen der SoL und der damaligen TAN beteiligt waren. Das bedeutsamere Gewaltverhältnis liegt jedoch nicht in den körperlichen Übergriffen, sondern im antisemitischen Charakter der Aktion: der aktive Boykott eines Kinos, in dem „Warum Israel" gezeigt wird. Bis heute verteidigt das Spektrum der B5 die Filmblockade, die B5 selbst hat eine entsprechende Erklärung veröffentlich. Mal gilt die Blockade als legitime Aktion gegen „zionistische Propaganda", mal als legitime Aktion gegen „antideutsche Kinobesucher_innen". Für uns sind Gruppen, die sich in und um die B5 organisieren, Trägerinnen dieser Erklärungen und als solche politisch in der Verantwortung. Solange keine öffentliche selbstkritische Stellungnahme erfolgt, ist für uns eine weitergehende Auseinandersetzung mit ihnen ausgeschlossen.

Die Perspektiven der Grenzen der Zusammenarbeit

Wie wir bereits sagten, wollen und können wir die Gesamtkonflikte der Linken nicht mit einer eindeutigen Geste auflösen, weder thematisch noch in ihren Ausformungen. Was wir jedoch können und wollen, ist, jenseits identitärer Zuordnungen und auf inhaltlicher Grundlage politisch Position zu beziehen.

Gewalttätige Übergriffe, wie zuletzt am 24.12.2011, sind bei Konflikten in der Szene nicht zu tolerieren. Es ist Aufgabe der gesamten Linken, ein politisches Klima zu schaffen, in dem innerlinke Gewalt nicht zur Form der Auseinandersetzung gehört.
Mit Gruppen, die für solche Aktionen stehen, werden wir nicht zusammenarbeiten. Jenseits sonstiger möglicher politischer Gegensätze halten wir es zudem für wichtig, sich mit Betroffenen von gewaltsamen Übergriffen zu solidarisieren.

Die Filmblockade von „Warum Israel" ist als solche nicht akzeptabel. Hier ist die Grenze jeglicher politischer Zusammenarbeit auch in breiten Bündnissen überschritten. Etwa im Rahmen der Mobilisierung gegen den Nazisaufmarsch am 02.06.2012. Trotz der Notwendigkeit eines breiten und vielseitigen Widerstandes sollte sich eine antifaschistische Linke in Foren und Formen bewegen, in denen die Kritik von Herrschaftsformen wie Homophobie, Rassismus, Sexismus und auch Antisemitismus zum Grundkonsens gehört.

Hausplenum der Roten Flora &
Kampagne „Flora bleibt unverträglich"
März 2012

(K)ein Jahr ohne Autonomes Zentrum Altona

Am 23. April jährt sich zum ersten Mal die Besetzung des ehemaligen Finanzamtes in der Großen Bergstraße 264. Letztes Jahr versuchten dort mehrere hundert Menschen, in und vor dem Gebäude, sich ihr Recht auf Stadt zu nehmen und ein Autonomes Zentrum in Altona-Altstadt zu etablieren. Nach ca. 7 Stunden räumte die Polizei das „Autonome Centrum Altona Bahnhof" und leitete Strafverfahren gegen die verbliebenen 40 Besetzer_innen sowie eine solidarische Person vor dem Haus ein.

Seitdem ist viel passiert im ehemaligen Finanzamt. Schon wenige Monate nach der Besetzung tönte Mark Classen (SPD) herum, er wolle ein „Kreativzentrum" dort einrichten, um „Mehrwert für Altona" zu schaffen. Zeitweise hieß das auch mal „Community Center" oder „Creative Campus", das Konzept bleibt das gleiche: Kulturelle und vor allem ökonomische Aufwertung des Stadtteils durch Akteur_innen aus der „Creative Class" (Richard Florida). Das ist genau die Sorte Stadtentwicklung, die schon seit Jahren unter dem Label „Marke Hamburg" die Gentrifizierung Altonas, des Schanzenviertels, St. Paulis und anderer Stadtteile vorantreibt. Laut einer Pressemitteilung des Senats sind nun zwei der vier Etagen durch die stadteigene Kreativ Gesellschaft an Mieter_innen aus der „Kreativwirtschaft" vermittelt worden, eine dritte vermietet sie selber an das gleiche Klientel.

Viele scheinen noch zu denken an Aufwertung gäbe es nichts auszusetzen. Das Straßenbild wird sauberer, die baufälligen Gebäude werden saniert und die Läden freuen sich, weil mehr Kund_innen ins Viertel kommen. Aber wo viel Nachfrage ist, zieht es auch das Angebot hin, und es gibt keine unbegrenzte Zahl von Gewerbe- und Wohnräumen in Altona-Altstadt. Eine Mietsteigerung im Zuge der Gentrifizierung ist genauso unausweichlich, wie dass es Mieter_innen gibt, die sich keine Mietsteigerung leisten können. Die Kräfte des Markts sind keine schadlose Wunderheilung für das Schmuddelquartier, sondern befördern die Konkurrenz unter denen die dort wohnen und arbeiten. Die Grundeigentümer_innen und Vermieter_innen freut es, dass sie ihre Ware (Wohn- bzw. Gewerbeflächen) jetzt für noch mehr Geld verkaufen können. Der Rest darf sich um die neugebauten Sozialwohnungen und Gewerbeflächen in der Neuen Mitte Altona prügeln oder an den Rand Hamburgs ziehen. Von Bezirk und Stadt sind hierzu höchstens Lippenbekenntnisse zu erwarten, um Wähler_innenstimmen zu gewinnen.
Dass nun, neben IKEA und der Neuen Mitte, ausgerechnet der Wunsch nach einem Autonomen Zentrum für die Gentrifizierung Altonas instrumentalisiert werden soll, ist ein kluges Manöver des Bezirks. Entgegen den Fantasien eines Mark Classen, war es aber nie das Anliegen der Kampagne für ein AZ Altona, noch mehr leicht-verwertbaren Schickimickischeiß in Hamburg zu etablieren. Mit einem selbstverwalteten Zentrum soll ein Kontrapunkt gegen steigende Mieten, gegen Verdrängung und Aufwertung durch die Immobilien-Verwertungs-Koalition von Stadt und Unternehmen gesetzt werden. Wir wollen und brauchen einen Ort, an dem wir respektvoll und solidarisch miteinander umgehen, wo wir kritisch, kreativ und aktiv sein können und den Rahmen dessen selbst bestimmen! Wir sind Aktivist_innen aus Altona und Umgebung, die ein Autonomes Zentrum in Altona wollen und für absolut notwendig halten. Auf regelmäßigen Treffen diskutieren und entwickeln wir Ideen und beteiligen uns an der Realisierung eines selbstverwalteten Zentrums. Auch wenn das ehemalige Finanzamt zum „Creative Campus" verkommt: Es gibt immer noch viel zu viel Leerstand in Altona.

Wie unsere Geschichte von Markus Mohr und der „jungen Welt“ entsorgt wird

Eine Parole von uns ist: "Revolutionäre Geschichte aneignen und verteidigen!". Was das für uns bedeutet, wollen wir an Hand des Artikels „Beladen mit Pflastersteinen - Ende einer Dienstreise: Der Agent Provocateur Peter Urbach soll gestorben sein“ von Markus Mohr aus der „jungen Welt“ (jW) vom 20. März, genauer untersuchen.
Von dem Tod Urbachs im Jahr 2011 berichtete „Der Spiegel“ Mitte März 2012. Soweit die gute Nachricht. Nach seiner Enttarnung als V-Mann im Frühjahr 1971 verschwand er „spurlos“, d. h. er hatte eine neue durch die Geheimdienste alimentierte Existenz und Legende im Ausland erhalten.

Wichtig finden wir es, auf Mohr und die jW einzugehen, da sie gewissen Einfluss und Achtung auf unbeugsame Menschen hat, die diesen Staat und die Gesellschaft fundamental ablehnen.
Mohr war selbst 1981 anlässlich einer Anti-AKW-Demo in Brokdorf über ein Jahr im Knast und gilt bei vielen als solidarischer Aktivist und ist vor allem als linker Autor und Journalist bekannt. Besonders viel schreibt er zu Geheimdiensten und linker Widerstandsgeschichte.
Urbach hatte Kontakt von 1966 – 1970 zu Teilen des sich formierenden militanten Widerstands, aus denen sich die Bewegung 2. Juni und die RAF konstituierte. Mohr reduziert diesen Aufbruch als „Familien- und Kriminalgeschichte“. Damit wird der weltweiter Aufbruch Ende der sechziger Jahre reduziert und diffamiert auf einen unpolitischen und kriminellen Familienzusammenhang. Das ist schon heftig, aber Mohr legt noch nach:
„Unter Bedingungen der Repression changiert der politische Aktivismus immer auch an den Grenzen zur Kriminalität. Das Schillernde des Protestes möchte sich der Staat mit Hilfe eines Agent Provocateur zunutze machen.“
Was er damit meint, ist, militantes Aufbegehren sei ohne staatliche Hilfe nicht möglich gewesen. Mohr kriminalisiert zum einen revolutionäre Gewalt, die wenn sie politisch bestimmt wird, immer eine emanzipatorische befreiende Funktion hat. Zum Anderen lässt er außer Acht, dass auch gewaltfreier Widerstand überwacht und infiltriert wird.
In dem 1971 erschienen Buch "Im Vorfeld des Krieges" schreibt Frank Kitson, damaliger Kommandant der 2. britischen Rheinarmee in der BRD, dass "Subversion und Aufruhr gegenwärtige Formen der Kriegsführung sind,..". Unter Subversion verstand er nicht nur Aktionen von bewaffneten Gruppen, sondern auch unbewaffnete Aktionen der Bevölkerung, die die Regierung stürzen "oder diese gegen ihren Willen zu bestimmten Handlungen zu zwingen".
Weiterhin sieht Mohr die damaligen Militanz der Außerparlamentarische Opposition (APO) nur reaktiv, die auf den „Staatsterrorismus reagiert ... und (so) sich in der Spirale der Eskalation wiederfindet“.

Er unterschlägt den Fakt , dass die APO Ende der sechziger Jahre an Grenzen gestoßen war, da ihre Inhalte und Aktionen integriert und auch kriminalisiert wurden durch die Herrschenden, und damit das Ziel nach einer freien Gesellschaft auf kommunistischer und anarchistischer Basis, stagnierte. Um diese Blockade zu durchbrechen, entstanden überall in Westeuropa und Nordamerika bewaffneten Gruppen.
Mit der „Spirale der Eskalation“, spricht er der damaligen Bewegung jedes selbstbestimmten Handeln ab, d. h. für ihn sind sie Objekt der Verhältnisse, also Büttel diverser Dienste. Vielmehr war die damalige Bewegung Subjekt der Geschichte, Urbach flog auf und die RAF existierte bald 28 Jahre, was ohne solidarische Zusammenhänge solange nicht möglich gewesen wäre.
Als Zeugen in seinem Artikel zitiert Mohr Gerd Koenen, Fritz Sack, Klaus Hartung, Tilmann Fichter, Siegfried Lönnendonker und Klaus Hartung. Alles Männer, die anfangs auf der richtigen Seite der APO standen, später sich aber als Chronisten, Wissenschaftlicher oder Journalisten der herrschenden Klasse andienten und heute alles denunzieren, was den antagonistischen Kampf der APO weiterführt .
Mohr versteckt sich hinter diesen Staatsapologeten, die er fast ausschließlich in seinem Artikel zu Wort kommen lässt. Ehemalige aufrechte Militante und Gefangene aus der Bewegung zitiert er aber nicht, weil sich dieser Schreiberling für eine staatsfixierte Position entschieden hat. Als Alibi wird am Ende Fritz Teufel zitiert, der Urbachs Tätigkeit nur ironisiert und somit nicht auf dem Punkt bringt.
Schon in einem anderen Beitrag hatte er die Erschießung eines Nazis durch Partisanen während des Faschismus als „Mord“ bezeichnet. Spätestens aber mit diesem Artikel für die „junge Welt“ hat Mohr den Boden einer solidarischen Berichterstattung verlassen.
Die Funktion der „jW“ ist, alles was links von ihrer „rot-rot-grünen Koalition“ und der DKP steht, publizistisch runter zu machen bzw. zu ignorieren.
In der „jW“ erscheinen viele Artikel, die belegen sollen, das Verena Becker schon in den siebziger Jahren als Illegale mit dem VS kooperiert haben soll. Da scheuen sie sich nicht, auch Michael Buback als „Zeugen“ zu zitieren. („jW“, 25. 1. 12) Bekannt ist, dass sie im Knast nach 1977 Gespräche mit den Diensten führte und deshalb aus dem Gefangenenkollektiv Anfang der achtziger Jahre rausflog.

Für Verfälschen von linker Geschichte führen wir einen „jW“-Artikel vom 3./4. Mai 2008 an:
In dem Text " Der Coup der P2-Loge" bezeichnet der Autor Gerd Feldbauer die Entführungen von Moro, dem damaligen Vorsitzenden der italienischen Christdemokraten, durch die Roten Brigaden, als vom "CIA gesteuert" bzw. andere Dienste hätten das Kommando der Roten Brigaden damals unterwandert.

Da wir so eine Diffamierung von revolutionärer Geschichte nicht unkommentiert hinnehmen, führte die Redaktion des „Gefangenen Info“ deshalb ein Interview mit Maurizio Ferrai, der damals in der BR organisiert war und 30 Jahre eingesperrt war.
Die „jW“ lehnte aber eine Veröffentlichung ab. Veröffentlicht im Gefangenen Info 340 vom 21. 8. 200.

In der Berichterstattung der „jW“ kommt also der militante Widerstand überwiegend auch nur als Opfer der Verfolgung durch die Klassenjustiz und nicht als selbstbestimmter Akteur der Geschichte vor, d. h für uns, die „jW“ ist zwar eine linke Tageszeitung, aber mit vielen Vorbehalten.
P. S. Seit dem 26. 1.12 befindet sich Maurizio Ferrai wieder im Knast, Weil er sich an den Protesten gegen das Eisenbahnprojekt No-TAV beteiltigt haben soll, wurde er wieder eingesperrt.

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen, Hamburg

Keine Zukunft für Nazis! Rassistische Verhältnisse angreifen

Am 2. Juni 2012 wollen Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet unter dem Motto ?Tag der deutschen Zukunft ? Unser Signal gegen Überfremdung? durch die Hamburger Innenstadt marschieren.
Nachdem die Faschist_innen bei ihrem letzten Aufmarschversuch am 1. Mai 2008 auf massiven und breiten Widerstand in Hamburg gestoßen sind, wagen sie nun nach über vier Jahren einen erneuten Anlauf.
Dass ein solcher Versuch nicht ohne unsere Gegenwehr verläuft, versteht sich von selbst: Wir werden den Nazis entschlossen entgegentreten und ihre völkische Propaganda mit allen Mitteln und auf allen Ebenen angreifen.

Kein "Tag der deutschen Zukunft“
Seit 2009 veranstalten Nazis jedes Jahr im Juni den "Tag der deutschen Zukunft" (TddZ). Offiziell angemeldet wird er von der Initiative Zukunft statt Überfremdung, einer überregionalen Struktur von sogenannten Freien Nationalisten und NPD-Sympathisant_innen aus Norddeutschland. Die Organisator_innen sind zum Teil seit Jahrzehnten bundesweit agierende Schlüsselfiguren der norddeutschen Naziszene. Der Anmelder Thorsten Schuster ist Mitglied der Hamburger NPD. Der Vorsitzende des Hamburger NPD-Landesverbandes, Torben Klebe, baute das inzwischen verbotene Netzwerk Blood & Honour auf. Sein Stellvertreter Thomas Steiner Wulff ist einer der ideologischen Väter des Konzepts der Freie Kameradschaften und war Anmelder des ersten TddZ in Pinneberg 2009. Bei den diesjährigen Aufmarschvorbereitungen steht der NPD zudem die Kameradschaft Neonazis in Hamburg (NIH) zur Seite, die von Tobias Thiessen und Inge Nottelmann geführt wird. Nottelmann war bereits Anmelderin des Naziaufmarsches in Hamburg-Barmbek am 1. Mai 2008. Daneben mobilisiert auch die sogenannte Weisse Wölfe Terrorcrew nach Hamburg.

Neonazistische Morde haben Kontinuität
Das Bekanntwerden der Mordserie des NSU und dessen Verstrickungen mit staatlichen Stellen wie dem Verfassungsschutz sorgte für eine breite gesellschaftliche Empörung. Auch wir trauern um die Opfer, aber wir sind auch wütend. Denn die politische und mediale Öffentlichkeit tut mal wieder so, als wären diese mörderischen Gewaltakte etwas völlig Neues, noch nie da Gewesenes. Rechte Gewalt hat in der Bundesrepublik jedoch eine lange Kontinuität. Bereits 1980 starben 13 Menschen bei der Explosion einer Bombe am Haupteingang des Münchner Oktoberfestes; und auch die Pogrome "ganz normaler Deutscher" zu Beginn der 1990er Jahre oder die Gewalt gegen vermeintlich Nicht-Deutsche wie in Solingen oder Mügeln bedeuten für den deutschen Staat vor allem eins: die Gefahr, das selbst-inszenierte Image der geläuterten Nation zu verlieren, welche aus ihren historischen "Fehltritten" gelernt habe. Über 180 Menschen wurden seit der "Wiedervereinigung" durch Nazis getötet - zumeist ohne, dass dies einen ähnlichen öffentlichen Aufschrei ausgelöst hätte, wie das Bekanntwerden der Morde des NSU.

Der "Nährboden" ist der gesellschaftliche Rassismus
Nazis setzen seit jeher ein gesellschaftliches Klima in die Tat um, das rassistisch geprägt ist. Ob in den Medien, in der Politik oder an deutschen Stammtischen - in unterschiedlichen Facetten hat Rassismus in der demokratischen Gesellschaft seinen festen Platz. Die massive Hetze etablierter demokratischer Politiker_innen Anfang der 1990er Jahre gegen sogenannte Schein-Asylant_innen wird in aktuellen Debatten um sogenannte Parallelgesellschaften und deutsche Leitkultur anhand vermeintlicher kultureller Grenzen fortgeführt. Die Zustimmung breiter Teile der Gesellschaft zu einem anti-muslimischen Rassismus à la Thilo Sarazzin ist hier nur ein Beispiel. Der Staat greift diesen gesellschaftlichen Rassismus auf und unterteilt anhand einer kapitalistischen Verwertungslogik zuwandernde Menschen in gute und schlechte Migrant_innen. So gelten vor allem Flüchtlinge als unerwünscht, da sie nicht über den staatlich ausgelobten Greencard-Wettbewerb für hochqualifizierte Arbeitskräfte ins Land kommen. Exekutiert wird nach einem dezidierten Regelwerk von Sondergesetzen für Migrant_innen. Beispiele für diesen institutionalisierten Rassismus sind Sammellager für Asylsuchende sowie Abschiebungen in Folter und Tod. Genauso wie den Terror der Nazis müssen wir daher auch den institutionellen Rassismus benennen und bekämpfen.

Widerstand gegen alle Formen von Rassismus
Wir werden am 2. Juni den Aufmarschversuch der Nazis mit vielfältigen Aktionen und Konzepten zum Desaster machen und dabei auch den gesellschaftlichen Rassismus thematisieren. Die Kämpfe gegen die großen Naziaufmärsche in Dresden und auch in Hamburg 2008 haben gezeigt, dass solidarisches und engagiertes Handeln erfolgreich ist. Das Konzept eines solidarischen Nebeneinander von Massenblockaden und direkten Aktionen wie in den letzten Jahren in Dresden wird auch in Hamburg umgesetzt ? wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu verhindern!

Wenn möglichst viele Menschen ihren Widerstand konsequent auf die Straße tragen, wird es für die politisch Verantwortlichen und die Polizei unmöglich, den Nazis den Weg frei zu machen. Mit vielfältigen Aktionen werden wir dies schaffen! Dabei sind wir nicht einfach nur gegen Nazis. Ebenso radikal richten wir uns gegen gesellschaftliche Zustände, welche neonazistischen Rassismus und Nationalismus durch Patriotismus und Deutschtümelei, durch den Glaube an das Volk und Diskussionen um den Wert von Migrant_innen sowie durch die Kriminalisierung des radikalen Antifaschismus decken und inhaltlich bedienen. Dort, wo es ein großes nteresse gibt, Probleme lieber zu deckeln als sie einzugestehen; wo weder staatliche Institutionen noch die breite deutsche Gesellschaft ihren glaubwürdigen Willen zu einem echten Bruch mit den ideologischen Wurzeln des militanten Neonazismus beweisen, dort gibt es eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die rassistischen Morde an mittlerweile mehr als 180 Menschen seit 1989!

Wir werden den Naziaufmarsch am 2. Juni 2012 in Hamburg zum Fiasko machen!
Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich an den Protesten und dem Widerstand mit ihren Mitteln zu beteiligen! Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Aufmarsch zu verhindern!
Keine Zukunft für Nazis ? Rassistische Zustände angreifen!

Autonome und antifaschistische
Gruppen Hamburg
www.notddz2012.blogsport.eu

War starts here – let's stop it here! II. Teil

Mit dem folgenden Text führen wir die von uns in der letzten ZECK begonnene Auseinandersetzung mit antimilitaristischen Themen fort. Befasst haben wir uns dieses Mal mit der Rüstungsindustrie der BRD und insbesondere der Rüstungsproduktion in Hamburg. Dabei haben wir uns auf die Broschüre: IMI-Standpunkt 2011/037 und den „Rüstungsindex für Hamburg" (www.rüstung-hamburg.de) bezogen.

Die Rüstungsindustrie boomt und die BRD nimmt momentan den dritten Platz der weltweit größte Waffenexporteure ein. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass der Kampf gegen Krieg und Militarisierung von zentraler Bedeutung ist. Die Ausgaben für das Militär machen mit 31,18 Milliarden Euro den zweitgrößten Posten im Bundeshaushalt aus. Kriegsproduktion treibt zwar die Staatsschulden in die Höhe, bleibt aber ein äußerst lukrativer Wirtschaftszweig, der gerade in Krisenzeiten gute Profitaussichten hat. Die drastische Zunahme des internationalen Waffen- und Rüstungshandels ist ein Indiz für die Zunahme militärischer Konflikte in Zukunft. Auch die deutsche Rüstungsindustrie hat ihre Exporte in den letzten Jahren mehr als verdoppelt.

In vielen Konzernen, die einen militärischen und zivilen Produktionszweig haben, wird vor dem Hintergrund der Krise auf die Kriegsproduktion gesetzt. Das Management bei Boeing und EADS/Airbus reagierte mit einer Verschiebung zu Gunsten des militärischen Geschäfts. ThyssenKrupp setzt verstärkt auf die Marine und Rheinmetall baut das Panzer- und Munitionsgeschäft aus. In vielen Bereichen wie Logistik, Wartung und Versorgung finden direkte Kooperationen von Bundeswehr und Unternehmen statt.

Krieg beginnt hier - als Rüstungsgeschäft in Hamburg

Auch in der Metropolenregion Hamburg läuft das milliardenschwere Geschäft mit dem Krieg, Denn auch hier werden in großem Umfang Rüstungsgüter produziert. Bis zu hundert Firmen, die Motoren, Maschinen oder elektronische Anlagen produzieren, tun dies nicht allein für den zivilen Bereich; sondern auch für die Bundeswehr und Streitkräfte anderer Staaten.

Es ist zwar nix Neues, dass bei Blohm & Voss seit über hundert Jahren Kriegsschiffe gebaut werden, dass MTU Motoren für Panzer und U-Boote produziert, dass Rheinmetall Waffen und Munition herstellt. Doch neben diesen bekannten Rüstungsunternehmen gibt es in Hamburg zahlreiche andere Firmen, die auch für den militärischen Bereich produzieren - sowohl weltweit agierende Rüstungskonzerne als auch viele kleine und mittelständische Firmen. Eines dieser weltweit tätigen Unternehmen ist Northrop Grumman Sperry Marine in der Woltmannstraße. Der Ableger des weltweit viertgrößten Rüstungskonzerns baut Navigations- und Radaranlagen. Zudem bietet die Firma einen speziellen Logistik-Support für Militär an und beliefert neben der Bundeswehr auch internationale Marinen.

Aber nur ein Teil der in Hamburg ansässigen Firmen ist primär oder ausschließlich auf Kriegsproduktion ausgerichtet, ein größerer Teil bietet zivile Produkte in spezifischen Modifikationen zur wehrtechnischen Verwendung an. So z.B. MAN, die für den Bau von LKWs bekannt sind, doch darüber hinaus seit der Gründung der Bundeswehr ein Hauptlieferant für dessen Militärfahrzeuge ist. Die Palette umfasst Raketenträger, Truppentransporter, Panzertransporter und mobile Sendeanlagen. Des Weiteren baut MAN Motoren für Kriegsschiffe und bietet Wartung, Instandhaltung und Ersatzteilversorgung an.

Dabei ist die wehrtechnische Industrie in Hamburg und Umgebung vor allem mit der Marineindustrie verbunden. Es finden sich zahlreiche Zulieferer für Kriegsschiffe - mit Spezialprodukten von der schockfesten Tür über Steuerungselektronik bis zum Atemluftsystem für U-Boote. Diese zentrieren sich heute vor allem um die letzte Hamburger Großwerft Blohm & Voss. Im militärischen Luftfahrtbereich gruppieren sich mehrere Zulieferer um den Konzern EADS/Airbus. Aber auch Anbieter von Munition oder Komponenten für Panzer sind in Hamburg angesiedelt. Eine aktuell expandierende Sparte stellen die dienstleistungsorientierten Unternehmen dar. Im Rahmen der zunehmenden zivil-militärischen Zusammenarbeit bieten solche Firmen IT-, Logistik- oder Personalservices an. So z.B. das Serco GmbH Schulungszentum in der Schnackenburgeralle in Eimsbüttel. In diesem finden u.a. Aus- und Fortbildung für den Berufsförderungsdienst der Bundeswehr statt. Des Weiteren betreut der Mutterkonzern Serco Group Gefechtsstände im Auftrag der Bundeswehr und betreibt das Gefechtsübungszentrum des Heeres in der Altmark. Nachzulesen und mit der bloßen Menge schon erschlagend ist das ganze im: „Rüstungsindex für Hamburg" (www.rüstung-hamburg.de).

In Solidarität mit den arabischen Aufständen eine antimilitaristische Praxis entwickeln. Folgendes Beispiel kann vielleicht verdeutlichen, das der Kampf gegen die Rüstungsindustrie zahlreiche Anknüpfungspunkte bietet und dass z.B. eine Solidarität mit den arabischen Aufständen auch über eine antimilitaristische Politik in der BRD gezeigt werden könnte.

Anfang Juli 2011 stimmte der Bundessicherheitsrat einem umfangreichen Rüstungsexportpaket mit Saudi-Arabien und Algerien zu. Das damalige Ausmaß der Empörung über die Panzerlieferungen an Saudi-Arabien hat die Bundesregierung offensichtlich überrascht. Nach Medienberichten waren die Panzer für Saudi-Arabien allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Algerien, das gerade erst Proteste von Aufständischen blutig niedergeschlagen hat, soll im Zeitraum von zehn Jahren modernste Rüstungs- und Sicherheitstechnologie aus Deutschland erhalten. Der Gesamtwert dieser Geschäfte soll 10 Milliarden Euro betragen.

Einen besonderen Stellenwert dabei hat der Verkauf einer Panzerfabrik an Algerien, da es hier um eine umfangreiche und langfristig angelegte rüstungstechnische Zusammenarbeit mit dem Regime geht. Die Rüstungsschmiede Rheinmetall will in einem Joint Venture mit MAN in Algerien eine Panzerfabrik aufbauen, in der Fuchspanzer montiert und instand gesetzt werden können. Die Komponenten, aus denen die Panzer zusammengesetzt werden, sollen nach wie vor in Deutschland hergestellt werden. Für den Export der Komponenten ist die Kontrolle noch deutlich geringer als für vollständige Rüstungsgüter. Neben dem Fuchs sollen weitere Militärfahrzeuge wie etwa der "Unimog" gebaut werden. Dafür war bereits im März zur Abwicklung des Geschäftes mit Unterstützung der Firma Ferrostaal AG die Firma "Rheinmetall Algérie SPA" gegründet worden, an der auch Daimler beteiligt ist.

Der Bundessicherheitsrat stimmte als Teil des algerischen Rüstungsdeals auch der Lieferung von zwei, optional auch drei, Fregatten zu. Profiteur des Geschäfts ist Blohm & Voss. Die Werft hat vergleichbare Kriegsschiffe bereits erfolgreich an Südafrika verkauft.

Des weiteren stimmte die Bundesregierung als weiterem Teil des Milliardengeschäfts auch umfangreichen Aufträgen im Bereich der Grenzsicherung, im Kontext der Flüchtlingsabwehr zu. Von diesem Programm zur Kontrolle von Bevölkerungsbewegungen profitiert Cassidian (die Sicherheitssparte des EADS Konzerns zu dem auch Airbus gehört), die deutsche Tochter des französischen Rüstungskonzerns Thales, Rhode & Schwarz und Carl Zeiss. Die aktuellen Entscheidungen deuten darauf hin, dass speziell die Regimes, die aus Sicht der NATO-Staaten einen Stabilitätsfaktor in der Region darstellen, weiterhin intensiver beliefert werden und die Rüstungslieferungen an Diktaturen keineswegs beendet werden.

Wie gesagt: Krieg ist immer auch ein Geschäft und seitdem die Bundeswehr zu einem „normalen" Instrument deutscher Außenpolitik geworden ist, sogar ein relativ krisensicheres. Dass das für uns keine Erfolgsnachricht, sondern nur ein weiterer Grund der antimilitaristisch Intervention ist, sollte klar sein. Denn wenn wir frei leben wollen, müssen wir jede Autorität, jede Uniform und Unterdrückung ablehnen und unsere Leben selbst bestimmen!

Markieren, Blockieren und Sabotieren.

Kampagne gegen die kriegerische Normalität

Sommer Camps

Auch dieses Jahr gibt es verschiedenen Camps, die ihr in eure Sommerplanung miteinbezihene solltet.

Los gehts mit Stockholm

TRANSNATIONALES NO BORDER CAMP STOCKHOLM 17.-24. JUNI 2012

- Grenzen töten
- Grenzen sind ein großes Geschäft
- Grenzen gibt es auch in Stockholm

Weltweit sind heute 12 Millionen Menschen auf der Flucht.

Im Jahr 2010 haben 235.900 Menschen in der EU um Asyl angesucht, aber nur wenige Ansuchen wurden genehmigt. Im Jahr 2011 starben 2000 Menschen bei dem Versuch, die EU von Libyen und Tunesien aus zu erreichen.

WARUM IN STOCKOLM?

Grenzen betreffen uns alle, aber auf unterschiedliche Weisen, je nach Geschlecht, Klasse und Ethnizität. Die Gewalt und Kontrolle des Staates finden sich nicht nur an den äußeren Grenzen eines Territoriums, sondern auch in Flughäfen, Spitälern, Häfen, U-Bahnsystemen und Schulen, bei der Arbeit, auf den Straßen und auf öffentlichen Plätzen. Die Gewalt wird Teil der Luft, die wir atmen, Teil unseres täglichen Lebens. Die ständige Jagd auf nicht- europäische Migrant_innen legitimiert die Verfolgung aller, die fremd erscheinen. Grenzen schaffen Rassismus.

Die EU verfolgt eine gemeinsame Grenzpolitik, in der Schweden eine aktive Rolle einnimmt. Nicht-Europäer_innen, die die Grenze überqueren, werden kriminalisiert, eingesperrt und abgeschoben. Migration wird heute als Bedrohung unserer Sicherheit dargestellt. Schweden legt in seiner Migrationspolitik besonderen Wert auf Effizienz und Sparsamkeit. Die Effizienz wird gestärkt durch spezielle Polizeieinheiten, die nicht-uniformiert Razzien an Arbeitsstellen durchführen, durch ein beschleunigtes Rechtssystems und durch koordinierte Massenabschiebungen in FRONTEX-Flugzeugen. Die Abschiebungsrate stieg im letzten Jahr um 40 Prozent.

Menschen, die sich in einer von Grenzen geschaffenen prekären Situation befinden, werden vom Kapitalismus ausgebeutet. Dies führt zu billigen und beliebig austauschbaren Arbeitskräften sowohl für den Staat als auch für Privatunternehmer. Migrantische Arbeit wird ausgebeutet und gleichzeitig dazu verwendet, Gehälter zu drücken und das soziale Netz zu schwächen. Die gegenwärtige Migrationspolitik erlaubt privaten Unternehmen, die der staatlichen Deportationsmaschine mit Kontroll- und Überwachungstechniken dienen, Profit zu machen. Diese Unternehmen bedienen einen Markt, der ausschließlich von der Grenzpolitik geschaffen wurde.

Öffentlich wird die Gewalt der Grenzen verschwiegen. Mitten in der Nacht werden Menschen mit Handschellen, Windeln und Beruhigungsmitteln durch den Frachtausgang zu einem Flugzeug geführt. Die Abschiebehaftanstalten liegen in Industriezonen an den Rändern von Großstädten oder so abgelegen auf dem Land wie möglich. Unternehmen können problemlos Gewinne machen in einem lukrativen Sektor, der keinerlei Verantwortung verlangt.

Dies muss nicht akzeptiert und aufrechterhalten werden! Grenzen werden überwunden, wenn sie von Menschen ohne gültige Papiere überschritten werden; das System der Staatsbürgerschaft wird unterminiert von Personen, die in Räumen ohne Staatsbürgerschaft leben; Mauern werden bezwungen, wenn Menschen über sie klettern. Wir laden alle dazu ein, ihre Wut über Grenzen auf die Straßen Stockholms zu tragen, das Schweigen zu brechen und die Grenzgewalt zu konfrontieren. Wir laden ein zu einer Woche direkter Aktion gegen die Grenz- und Sicherheitspolitik! Kommt nach Stockholm und zeigt euren Widerstand gegen Rassismus und eure Liebe für eine Welt ohne Grenzen, Kontrollen und Ausweise! Kommt und zerstört, was uns unterdrückt, und schaffte etwas Neues!

WAS SIND DIE ZIELE DES CAMPS UND SEINER AKTIONEN?

- Die Interessen der Unternehmen und des Kapitals, die die staatliche Migrationspolitik unterstützen und von ihr profitieren, deutlich zu machen und gegen sie vorzugehen.

- Unsere Erfahrungen und Fähigkeiten auszutauschen und unser Wissen gemeinsam zu verwenden, um immer mehr Solidaritätskampagnen zu organisieren und den Nationalstaat und seine Migrationspolitik immer stärker bekämpfen zu können.

- Die Argumente für freie Mobilität und eine Welt ohne Grenzen in der öffentlichen Debattezu stärken.

WANN?

- Der Aufbau des Camps beginnt in der zweiten Juniwoche.

- Events finden vom 17. bis zum 24. Juni statt.

- Am 17. Juni wird eine Massendemonstration für eine Welt ohne Grenzen in Stokkholm organisiert.

- Am 18. Juni ist eine Solidaritätsaktion für die Insassen der Abschiebehaftanstalt in Märsta geplant.

- Die gesamte Woche hindurch wird es zu Aktionen kommen gegen die Profiteure der Abschiebungsindustrie, gegen Firmen, die Migrant_innen ausbeuten, sowie gegen staatliche Repression und Sicherheitspolitik.

PRINZIPIEN

- Die Grundlagen des Camps sind Selbstverwaltung, Dezentralisierung und Autonomie. Das Camp wendet sich gegen den Kapitalismus, der sich auf Krieg, Elend, Nationalstaat und Grenzen stützt.

- Von den Teilnehmer_innen am Camp wird erwartet, verschiedene politische Taktiken zu respektieren. Wir kommen in Solidarität zusammen und distanzieren uns nicht von anderen aufgrund politischer oder persönlicher Interessen.

- Die Teilnehmer_innen des Camps wenden sich gemeinsam gegen alle Formen von Repression.

- Sexismus, Rassismus, Homophobie, Transphobie und andere Formen von Unterdrückung und Herrschaft sind im Camp nicht willkommen und werden nicht toleriert.

- Das Camp wendet sich gegen alle autoritären Strukturen, protestiert gegen diese mit direkten Aktionen und bietet Alternativen an.

- Repression betrifft uns alle. Der Kampf gegen Grenzen beinhaltet eine Reihe anderer Kämpfe, etwa für Antifaschismus, eine klassenlose Gesellschaft, die Umwelt, Tierrechte, Feminismus und Queers. Wir ermutigen alle Gruppen, Organisationen, Kollektive und Individuen während des Camps dezentrale Aktionen durchzuführen und auf jede denkbare andere Weise gegen die herrschende Migrationspolitik vorzugehen!

WIE KÖNNT IHR DAS CAMP UNTERSTÜTZEN?

Ein selbstverwaltetes Camp wird das, was alle daraus machen. Alle sind eingeladen, an

seiner Gestaltung teilzunehmen!

- Du kannst dich an der Organisierung des Camps beteiligen, indem du dich einer der Arbeitsgruppen anschließt (Logistik, Mobilisierung, Medien, Programm, Demonstration 17. Juni, Übersetzung, Sanitätsdienst, Rechtshilfe, Website, Grafik usw.) - Ihr könnt einen Workshop, Filmvorführung, Vorlesung oder ähnliches zu Migration und Grenzpolitik vorschlagen.

- Ihr könnt mobilisieren, Abschiebungen blockieren, zum Camp kommen, an der Massendemonstration teilnehmen, Menschen in Abschiebehaftanstalten besuchen und auf andere Weise gegen die Deportationsmaschine vorgehen.

- Ihr könnt eine Solidaritätsveranstaltung (Fest, Konzert oder anderes) organisieren.

- Ihr könnt dabei helfen, geeignete Orte für das Camp und andere Aktivitäten zu finden.

- Ihr könnt uns mit Geld, Fähigkeiten und Materialien unterstützen.

- Ihr könnt uns Dinge leihen, die wir benötigen: große Zelte, Lieferwägen, Baumaterialienund anderes.

noborderstockholm.org

info@noborderstockholm.org

Konto (PostGiro): 62 88 02 – 1

IBAN: SE49 9500 0099 6042 0628 8021

BIC (Swift): NDEASESS

Köln
13. bis zum 22. Juli

Liebe antirassistisch/ rassismus-kritische Aktivist_innen,

nach einigen Jahren findet in diesem Sommer wieder ein No Border Camp in Deutschland statt, und zwar vom 13. bis zum 22. Juli in Köln. Die Idee, ein solches Camp im Rheinland zu veranstalten entstand im Zusammenhang mit den Protesten gegen die zunehmenden Sammelabschiebungen vom Düsseldorfer Flughafen. Ausgehend davon soll mit dem Camp ein Raum für ein breites Spektrum antirassistischer Themen und Aktionen geschaffen werden.

Es wäre schön, möglichst viele Menschen für das Camp begeistern zu können – als Teilnehmer_innen, mit eigenen inhaltlichen Beiträgen und in der Vorbereitung. Es gibt viele Möglichkeiten, das Camp mitzugestalten und natürlich ganz viele Aufgaben zu übernehmen.

Für die Vorbereitung des Camps hat sich ein Koordinationskreis gegründet. Dieser sieht seine Aufgabe allerdings hauptsächlich in der Koordination, die eigentliche Arbeit sollte möglichst dezentral in autonomen Arbeitsgruppen erfolgen. Diese Arbeitsgruppen können sowohl regional als auch thematisch organisiert sein.

Es gibt viel zu tun, von (Dixi)-Klos bis Vokü, Zelte, Strom, Mobilisierung oder Finanzen. Gesucht werden Einzelpersonen und Gruppen, die sich einbringen möchten oder verantwortlich um die jeweiligen Bereiche kümmern, Arbeitsgruppen bilden und in Kontakt mit dem Koordinationskreis stehen.

Ob als Gruppe oder Einzelperson: wenn ihr euch vorstellen könnt, Aufgaben zu übernehmen (oder daran mitzuwirken), dann wendet euch direkt an die E-Mail-Adresse des jeweiligen Aufgabenblocks. Falls ihr als Einzelperson noch nicht genau wisst, wie und wo ihr euch beteiligen möchtet, meldet euch bei uns, wir können euch dann sagen, ob es in eurer Nähe eine regionale Vorbereitungsgruppe für das Camp gibt.

Neben der Übernahme einer konkreten Aufgabe gibt es natürlich auch noch andere Möglichkeiten, sich in die Vorbereitung des Camps einzubringen:

Ihr kennt eine gute Vokü? Eine Demo-Sani-Gruppe, habt Kontakte zu Zelten, billigen Klos etc.? Leitet diese Mail weiter, nehmt Kontakt auf!

Ihr kennt Leute oder Gruppen die Interesse am Camp haben?

Bleibt auf dem Laufenden und tragt euch in den Camp-Newsletter ein!

Hierfür schickt eine leere Mail mit Betreff „Newsletter" an

mobi-nbc@riseup.net. Und: verbreitet den Newsletter an alle Interessierten.

In allen Fällen, für Fragen und Anregungen erreicht ihr den Koordinierungskreis unter der E-Mail-Adresse noborder-cologne2012@riseup.net.

Wir freuen uns auf eure Rückmeldungen!

Stop the war on refugees and migration!

Der Koordinierungskreis für das No Border Camp Köln/Düsseldorf 2012

Zu erledigende Aufgaben, nach Themenblöcken:

Block 1: „Support"
Kontakt: support-nbc@riseup.net

EA / legal team Awareness out of action Sanis Campschutz Kinderbetreuung

Block 2: Finanzen
Kontakt: finances-nbc@riseup.net
Anträge stellen, Finanzen verwalten

Block 3: Mobilisierung
Kontakt: mobi-nbc@riseup.net
Homepage Mobi-Tour Plakate / Flyer Aufrufe

Block 4: Infrastruktur
Kontakt: technix-nbc@riseup.net
Strom Wasser Toiletten Küche Internet Müll Duschen Große Zelte Logistik und Transport Fahrräder / Action-Bikes Barrierefreiheit

Block 5: Übersetzung
Kontakt: translation-nbc@riseup.net
In der Vorbereitung (Einladungen, Aufrufe, Treffen)

Während des Camps
Block 6: Kommunikation
Kontakt: communication-nbc@riseup.net
Infozelt Ticker Kommunikation auf dem Camp Entscheidungs- und Kommunikationsstruktur für das Camp

Block 7: Medien und Presse
Kontakt: media-nbc@riseup.net
Pressearbeit Indymedia
Öffentlichkeitsarbeit in Köln im Vorfeld

Block 8: Campprogramm und Choreographie Kontakt: choreo-nbc@riseup.netKulturprogramm / Parties Inhaltliches Programm Aktionen Infomaterial / Karten

Bundesweites Antifacamp vom 24.08.-02.09.2012 in Dortmund

Warum Dortmund

Dortmund ist seit Jahren für sein Naziproblem bekannt. Der sogenannte "Nationale Antikriegstag" hat ähnlich wie das faschistische "Gedenken" an die Bombardierung Dresdens bundesweite Bedeutung für die Naziszene. Die Dortmunder Nazistrukturen machen immer wieder durch offensive Aktionen, bewaffnete Übergriffe und Anschläge von sich reden. Im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld haben sich neonazistische Strukturen über Jahre hinweg durch mehrere Wohngemeinschaften und das "Nationale Zentrum" ausbreiten können. Die wichtigsten Akteure sind der "Nationale Widerstand Dortmund (NWDO)" und die "Skinhead-Front Dorstfeld".

Faschistische Netzwerke – mörderische Politik

Der NWDO ist aus Dortmunder Kameradschaftsstrukturen hervorgegangen und verfügt bundesweit über gute Kontakte. Das zeigt zum einen die breite, bundesweite und auch internationale Teilnahme

von Nazis am Dortmunder "Antikriegstag", zum anderen die personelle und infrastrukturelle Unterstützung bei bundesweiten Nazi-Events. In den letzten Jahren hat die Dortmunder Naziszene durch ihr aktionistisches Auftreten viel Aufmerksamkeit bekommen.

Die Skinhead-Front Dorstfeld greift immer wieder Andersdenkende und Menschen mit migrantischem Hintergrund an. Ein trauriger Höhepunkt ihrer Gewalttaten war der Mord an dem Punker Thomas Schulz 2005 durch Sven Kahlin. Diese Tat wurde von den Nazis mit der menschenverachtenden Parole "1:0" gefeiert. Der vorzeitig aus der Haft entlassene Kahlin fiel sofort wieder durch einen Übergriff auf die alternative Kneipe Hirsch-Q im Dezember 2010 zusammen mit Mitgliedern der Skinhead-Front auf. Die Hirsch-Q wurde seit 2006 sechsmal von Nazis angegriffen. Sven Kahlin griff am 26.November 2011 gemeinsam mit fünf anderen Nazis zwei Jugendliche mit türkischen Migrationshintergrund an. Seine Bewährung wurde widerrufen, er sitzt wieder in Haft.

Die rassistisch motivierte Ermordung des Dortmunder Kioskbesitzers Mehmet Kubaşık am 04. April 2006 durch die Nazi-Terrorzelle "NSU" muss noch näher auf mögliche Verwicklungen mit den Dortmunder Neonazi-Strukturen untersucht werden. Ein ehemaliger V-Mann des NRW-Verfassungschutzes erklärte gegenüber der Tageszeitung "WAZ", um das Jahr 2004 herum hätten NPDler aus Dortmund Kontakte zu Rechtsradikalen in Thüringen aufgebaut. Darunter seien auch Kontakte zur NSU gewesen. Zusätzlich zu diesen Mordkomplexen ist noch der rechte Waffenfanatiker Michael Berger zu erwähnen, der im Jahr 2000 drei Polizisten ermordete.

Leugnen, fördern, bekämpfen?

Die Stadt Dortmund hat mit ihrem Verhalten jahrelang zu einem günstigen politischen Klima für die Etablierung und das Wachstum der Naziszene beigetragen: Das Naziproblem wurde offiziell geleugnet, es gab direkte und indirekte Förderung von Naziaktivitäten. Zum Beispiel übte bereits 2002 die Polizei Druck auf den Vermieter eines Veranstaltungsortes aus, sodass dieser ein Blood & Honour-Konzert mit 1200 Leuten nicht (!) absagte. Antifaschistische Aktivitäten wurden hingegen behindert und kriminalisiert. Auf zahlreiche körperliche Angriffe seitens der Nazis in den letzten Jahren folgten kaum juristische Konsequenzen, was sogar die Nazis in einem TV-Interview hämisch kommentierten. Veranlasst durch den letzten Polizeipräsidenten gab es in den letzten Jahren immer wieder bundesweit kritisierte Polizeieinsätze, unter anderem die vielfach öffentlich skandalisierten Polizeikessel im Jahr 2000, bei dem größtenteils jugendliche Aktivist_innen stundenlang festgesetzt wurden. Vor dem letztjährigen "Nationalen Antikriegstag" wurden Verfahren gegen Antifaschisten mit dem Vorwurf des Plakatierens angestrengt, anstatt dem bekannten und mit bewaffneten Nazis vollbesetzten Bus nachzusetzen, die nachts auf der Suche nach Antifas herum fuhren und diese Gruppe zuvor angegriffen hatten.

Jetzt, wo kaum noch politischer Spielraum besteht, die organisierte neonazistische Gewalt weiter zu ignorieren, ändert sich allmählich etwas in der Stadtpolitik. Der neue Polizeipräsident kündigte einen Politikwechsel seitens der Polizei an, äußerte sich sogar positiv in Bezug auf Blockaden gegen Nazi-Aufmärsche. Das Gebäude, in dem sich das "Nationale Zentrum" befindet, wurde durch die Stadt Dortmund aufgekauft und den Nazis der Mietvertrag gekündigt. Die Opferberatung "Back Up! – Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt" wurde ins Leben gerufen, eine eigene Task-Force vom Oberbürgermeister eingerichtet und ein "Runder Tisch gegen Rechts" ist in Planung. Es bleibt abzuwarten, wie diese Projekte laufen und was sie konkret machen. Parallel wird jedoch auch ein Projekt initiiert, das klar abzulehnen ist: Das vom Bund geförderte Projekt mit dem prägnanten Titel "Dortmund den Dortmundern". Zweifelhafte "Auf-Augenhöhe Pädagog_innen" betreten das Feld und laden mit Unterstützung von Schröders Bundesfamilienministerium zum (verbalen) Kreativ-Battle mit Neonazi-Schlägern ein. Die Dortmunder multilateral academy ggmbh, die sich als Trägerin für das Projekt "Dortmund den Dortmundern" verantwortlich zeichnet, möchte zu diesem Zweck 30 Neonazis – Kader wie Mitläufer – gegen 30 "demokratisch orientierte Jugendliche" antreten lassen, um "offen und fair" über die Frage zu diskutieren, wem die Stadt Dortmund gehört und wie sich die Zukunftswünsche der Beteiligten für eben diese darstellen. So sollen Jugendliche in der konfrontativen Auseinandersetzung mit den Neonazis in ihrem demokratischen Weltbild gestärkt werden.

Solchen sozialpädagogischen Ansätzen, bei denen Nazi-Kadern eine Plattform geboten wird, gilt unsere klare Absage ebenso wie allen aus der Extremismustheorie abgeleiteten Konzepten, deren Links-Rechts-Gleichsetzung in Schröders Extremismusklausel gipfelt. Daher denken wir, dass es höchste Zeit ist für eine unmissverständliche antifaschistische Initiative.

Unsere Perspektive…

Wir wollen mit unserem Camp ein antifaschistisches Aufbruchsignal gegen den Dortmunder Status quo setzen. Wir wollen mit einer bundesweiten Anstrengung in die Offensive kommen und in einem inhaltlich radikal bestimmten, aber durchaus breiten Bemühen das Treiben der Nazis in ihrer Hochphase der Mobilisierung zum "Nationalen Antikriegstag" (1. September 2012) angreifen und ihnen den Aufmarsch versauen. Mehr noch, unsere Perspektive ist, die Autonomie antifaschistischen Widerstands wiederzuerlangen. Das Camp soll dazu ein Start sein!

Es ist uns wichtig zu betonen, dass Antisemitismus und rassistische Ausgrenzung weit über den Angriff (staatlich besoldeter und unbezahlter) Nazi-Strukturen hinaus geht. Antifaschistischer Widerstand muss daher nicht nur den Alltagsrassismus bei staatlichen Behörden und in der Flüchtlingspolitik thematisieren, denn diese Zustände werden erst möglich durch die tiefe gesellschaftliche Verankerung von Rassismus. Ein Anknüpfungspunkt für Kritik bietet die Zusammenarbeit mit migrantischen Initiativen beispielsweise in der Dortmunder Nordstadt, wo nach zahlreichen antiziganistischen Medienberichten die sowieso schon prekäre Situation von Sexarbeiterinnen noch weiter verschlimmert wurde. In ihren öffentlichen Protesten benannten sie als Folgen vor allem den fehlenden Schutz vor gewaltbereiten Kunden, der damit einhergehenden Schutzgelderpressung und Verlust ihrer Selbstständigkeit.

Durch offensives Aufgreifen auch der (sozialen) Frage von Verarmung und Ausgrenzung wollen wir öffentlichen Raum zurükkgewinnen und der (un-) sozialen Verankerung der Nazis mit ihren nationalistischen Protesten gegen beschissene Arbeitsbedingungen und Hartz IV nicht das Feld überlassen.

Zudem rufen wir alle dazu auf, mit uns dafür zu kämpfen, dass der 1. September als Antikriegstag in der öffentlichen Wahrnehmung nicht länger faschistisch, sondern progressiv antimilitaristisch besetzt sein wird. Wer den Buchenwaldschwur ernst nimmt, muss Antimilitarismus und Antifaschismus zusammen denken. Das Verharren in fiktiven Teilbereichsbewegungen ist eine uns schwächende und (Widerstands-)weltfremde Sichtweise, mit der sich die Verhältnisse nicht grundlegend ändern lassen.

…ein ambitioniertes Vorhaben

Natürlich wissen wir, dass ein antifaschistisches Camp in Dortmund alles andere als eine leichte Sache ist. Alle sind sich einig,

dass ein Camp eine gewisse Mindestgröße und -struktur haben muss, um durchgesetzt werden zu können und um die von dort ausgehenden Aktivitäten gegenüber Angriffen von Neonazis und Polizei eine Woche lang zu verteidigen ohne dass die eigenen inhaltlichen Schwerpunkte dabei untergehen. Wir setzen dabei auf eine bundesweite Beteiligung von 500+ Teilnehmer_innen.

Wir gehen davon aus, dass die Stadt Dortmund in der aktuellen Situation politische Schwierigkeiten haben wird, ein antifaschistisches Camp gänzlich zu unterbinden. Doch selbst solche Situationen sind uns nicht neu. Diverse Camps der letzten 15 Jahre mussten über die Androhung, andernfalls auf einem zentralen Platz zusammenzukommen, durchgesetzt werden.

Wir wissen auch, dass die Zusammenarbeit verschiedener Strömungen bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch des 1. September der letzten Jahre sehr schwierig war. Aus diesen Erfahrungen heraus sind uns für die Vorbereitung des Camps alle diejenigen willkommen, denen an einem undogmatisch-radikalen, antifaschistischen Widerstand gelegen ist.

http://www.antifacamp.org/

---

12. - 17.09. Internationales Diskussions- und Aktions Camp

GEGEN DAS GEFECHTSÜBUNGSZENTRUM (GÜZ) DER BUNDESWEHR.

Feind hinterm Fenster. Deckung, orientieren, Schuss. Blitzschnell informiert der Laser-Duellsimulator die Kämpfenden, wer getroffen hat und wer getroffen wurde, wer weiter übt und wer liegenbleibt in der Steppe Sachsen-Anhalts. Das deutsche Heer trainiert im Gefechtsübungszentrum (GÜZ) - Altmark, wie ein Dorf in Afghanistan, im Kosovo oder – einer Einschätzung der Nato über künftige Kriege folgend – eine beliebige Stadt der Erde überfallen und besetzt werden kann.

KOMMT ZUM INTERNATIONALEN ANTIMILITARISTISCHEN CAMP GEGEN DAS GEFECHTSÜBUNGSZENTRUM DER BUNDESWEHR (GÜZ)!

Das GÜZ ist für Bundeswehr, NATO und EU ein zentraler Ort. Hier beginnt der Krieg, der weltweit geführt wird. Wir wollen das Camp zu einem zentralen Ort der Bündelung antimilitaristischer Kämpfe machen. Eingeladen sind alle, die der zunehmenden Militarisierung entgegentreten wollen. Wir werden unsere unterschiedlichen Analysen und Zugänge diskutieren und gemeinsam praktische Erfahrung im sabotieren des Krieges machen.

KRIEG BEGINNT HIER, WIR WOLLEN IHN HIER MARKIEREN, BLOKKIEREN, SABOTIEREN!

Das GÜZ Altmark bei Hillersleben/Magdeburg ist der modernste Truppenübungsplatz Europas. Von Kämpfen in Städten bis zum Gefecht von Panzergruppen werden hier militärische Interventionen von Luft- und Bodenmilitärtrupps simuliert. Der Betreiber „Rheinmetall Dienstleistungszentrum Altmark" vermietet das Gelände an die Bundeswehr und andere europäische Armeen, ist Dienstleisterin der gesamten Technik und Logistik und leistet die Vorarbeit für die militärischen Analysen. Hier wird Krieg geübt, ausprobiert, vorbereitet.

KRIEG ÜBEN IST EIN TEIL VON KRIEG FÜHREN.

Alle Bundeswehr-Soldat_innen, die in einen Auslandseinsatz geschickt werden, müssen sich im GÜZ einem in der Regel zweiwöchigen Kampftraining unterziehen. Samt Ausrüstung werden sie zum GÜZ verfrachtet, hier üben sie mit Laserwaffen, Rauchbomben und Kunstblut Krieg. Inmitten der riesigen Heidelandschaft des GÜZ wird ab 2012 eine moderne Großstadt nachgebaut: Schnöggersburg hat eine U-Bahn, einen Flughafen, eine Innen- und Altstadt, Plattenbauten, Wohnhäuser, Industrie- und Elendsviertel. "Diese Stadt könnte überall auf der Welt stehen" (Oberst Michael Matz, Leiter des GÜZ)

ZIVIL- MILITÄRISCHE NORMALITÄT

Nicht erst seit der Aussetzung der Wehrpflicht versucht eine immense Rekrutierungs- und Werbeoffensive der Bundeswehr in Schulen, Unis und Jobcentern eine militärische Durchdringung des "Zivilen" und den gesellschaftlichen Rückhalt der "Heimatfront" abzusichern. Derzeit erleben wir, wie auf allen Ebenen daran gearbeitet wird, Krieg zum Alltag zu machen. Unterschiede zwischen Innen und Außen, militärisch und zivil, Polizei und Militär, Krieg und Frieden, verschwinden zunehmend. Immer mehr gesellschaftliche Bereiche werden durch die zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) vereinnahmt: an der Uni durch die Drittmittelfinanzierung, bei der Post durch Übernahme von Logistikleistungen und bei der so genannten Entwicklungshilfe durch die Kooperation mit Militärs. Dem Konzept der Vernetzten Sicherheit folgend sollen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ihren Beitrag zur Schaffung und Aufrechterhaltung „öffentlicher Ordnung" leisten. Polizeiliche Aufgaben werden zunehmend durch das Militär übernommen. In der EU werden Gesetze und Verfahren harmonisiert, aber noch sind sich die Staaten in Vielem nicht einig. Die Militarisierung ist noch nicht überall so fortgeschritten wie z.B. im italienischen Val di Susa, wo aus Afghanistan kommende Fallschirmjäger gegen Demos eingesetzt werden. Allerdings erzwang das Militär auch in Spanien schon den Abbruch eines Streiks und gegen den Generalstreik in Griechenland wäre es um ein Haar zum ersten Einsatz der „European Gendarmerie Forces" gekommen. In Deutschland tun viele immer noch so, als wäre gar nicht "richtig" Krieg. Dabei sind es nicht zuletzt deutsche Kriegstreiber_innen, die die Umsetzung der "vernetzten" Kriegsführung international nach Kräften forcieren.

AUFSTANDSBEKÄMPFUNG – STÄDTE ALS KRIEGSGEBIET

Das Nato-Strategiepapier "Urban Operations in the Year 2020" konstatiert, dass weltweit mehr und mehr Menschen in Städten leben und dort verarmen. Daher sei es nötig, Defizite der Einsatzfähigkeiten der Militärs im urbanen Raum zu beheben. Unruhen werden schlicht als erwartbare Herausforderungen kalkuliert, die bekämpft werden müssen. Neben baulichen Besonderheiten stellt vor allem das Operieren in bewohntem Gebieten die Armee vor Probleme: Wo Kämpfer_innen von der Bevölkerung kaum zu unterscheiden sind, gibt es angesichts ziviler Opfer schnell Proteste. Deshalb will das Militär näher ran und rein in die Gesellschaft, mit wissenschaftlichen Sozialstudien, Spionen, Aufklärungskompetenzen, Medienregulierungen, Zersetzungsstrategien. Ob mit "robusten" oder „Crowd-Control" Einheiten, ausgerüstet mit "weniger tödlichen" Waffen, ist nur eine Frage der Intensität der Auseinandersetzung . Die Aufrechterhaltung einer Wirtschaftsordnung, die für die meisten Menschen keinerlei Perspektive bereithält, erfordert ein dauerhaft militärisches Krisenmanagement. Dabei ist offene Repression bei Weitem nicht immer Mittel der Wahl. Im Vordergrund stehen stattdessen Prävention, Umstrukturierung von Stadtteilen, die Einschüchterung von Sympathisierenden, die Schaffung von Feindbildern, auf dass die Bevölkerung sich distanziert und selbst diszipliniert. Aufstandsbekämpfung, Counter-Insurgency im Nato-Sprech, will eine

entpolitisierte passive Öffentlichkeit prägen und bleibt zugleich als Strategie des Machterhalts so tödlich und reaktionär wie die Kolonialkriege, in denen sie entwickelt wurde. Was üblicherweise als Synonym für „Riot-Control" gilt, könnte ein weitreichenderes Konzept des Regierens sein, in dem es nicht um das Beilegen von Konflikten geht, sondern darum, einen einmal erreichten Ausnahmezustand langfristig beizubehalten. Die Destabilisierung einer Gesellschaft schafft auch die Legitimation für andauernde polizeilich-militärische Kontrolle ohne politisch verhandelbare Alternativen präsentieren zu müssen. Was im Irak oder in Afghanistan als Mangel an Plänen für eine Nachkriegsordnung oder als Unvermögen der Durchsetzung erscheint, könnte der Kern der Sache selbst sein: Aufstandsbekämpfung als ewiges Krisenmanagement. Denn solange die Krise andauert, lässt sich leichter Akzeptanz schaffen für Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, für Bevormundung und Unterdrükkung.

KRIEG – NATO – NEOKOLONIALISMUS

Die aktuellen Kriegseinsätze werden unter anderem mit der Verbreitung von Demokratie, Frauen- und Menschenrechten legitimiert. Diese Begründungen sind nicht nur als reiner Vorwand zu verstehen, um ökonomische Interessen durchzusetzen, sie sind auch immer Ausdruck einer postkolonialistischen Weltsicht, die die eigenen Werte für überlegen hält. Eine Gesellschaft, die zum Krieg bereit sein soll, muss darauf eingestimmt werden, dass die Anwendung von militärischer Gewalt nicht nur unvermeidbar, sondern sogar wünschenswert bzw. heldenhaft sei – sofern sie von „Sicherheitskräften" ausgeübt wird. Zu ihrer Rechtfertigung ist es immer wieder nötig, abweichende Standpunkte, Lösungsansätze und Probleme auszublenden. Komplexe Strukturen müssen als einfache Widersprüche wahrgenommen werden, damit am Ende einer Überlegung nur eine Lösung möglich ist: Krieg. Es bedarf einer einfach gestrickten bipolaren Weltsicht, um militärische Gewalt als Mittel zur „Bewältigung" sozialer Konflikte erscheinen zu lassen. Es gibt nur Frau oder Mann, Demokratie oder islamistische Diktatur, die Wilden oder der Westen, Zivilisation oder Barbarei, Ordnung oder Chaos. Sexualisierte Gewalt und Krieg gehen immer Hand in Hand. Dem Militär kommt durch die Legalisierung und Legitimierung von Gewalt als Form der Auseinandersetzung ein enormer Teil der Bildung und Aufrechterhaltung einer Gewalt ausübenden Männerrolle zu. Einerseits verstärkt Militarisierung eine patriarchale und bipolare Geschlechterordnung, andererseits wird diese auch angeführt um Kriege zu rechtfertigen. Militarisierte Aufstandsbekämpfung bildet da keine Ausnahme. Auch hier sind es bewaffnete Männerhorden, die kämpfen, um den Besitz- und Herrschaftsanspruch der jeweilig anderen Männer zu brechen. Weil dieser Besitzanspruch sowohl die Verfügungsgewalt als auch eine Schutzanmaßung über die „eigenen Frauen" beinhaltet, sind sexualisierte Erniedrigungen und Vergewaltigungen von Zivilist_innen und Soldat_innen, aber auch sexualisierte Gewalt gegen männliche Gefangene in allen Kriegsgebieten an der Tagesordnung. Die der bipolaren Geschlechterordnung innewohnenden Gewaltverhältnisse und ihr direkter Bezug zum Militarismus lassen nur einen Schluss zu: Geschlechterrollen und Militär angreifen, aufweichen, auflösen! Sicher ist, wir bewegen uns auf widersprüchlichem Terrain – einerseits sind wir weltweit den gleichen kriegerischen Prinzipien unterworfen, andererseits bedeutet Krieg für viele Menschen Tod, Folter, Vergewaltigung und Erniedrigung. Jedoch ist bei allen Unterschiedlichkeiten der gesellschaftlichen Realitäten und der Betroffenheit von Gewalt den verschiedenen Facetten der Militarisierung eines gemein: Jegliche Perspektive auf Selbstbestimmung und Emanzipation wird verunmöglicht.

KRIEG BEGINNT HIER - STOPPEN WIR IHN HIER!

Wo alles Front werden soll, darf die Auflehnung gegen Militarisierung und Krieg nicht länger alleinige Zuständigkeit von Friedensbewegung und Antimilitarist_innen sein. Militarisierung, „vernetzte Sicherheit", Aufstandsbekämpfung und letztlich Krieg sind immer auch ein Angriff auf alle sozialen, emanzipatorischen Bewegungen und somit gegen alle Menschen, die für eine befreite Gesellschaft kämpfen. Wir wünschen uns ein offenes und selbstorganisiertes Camp verschiedener emanzipatorischer Strömungen. Also vernetzen wir uns international, um zusammen Strategien und Konzepte zu entwickeln und zu diskutieren, Aktionen zu reißen und dem militärischen Treiben vielfältigen Widerstand entgegen zu setzen.

SCHMEIßEN WIR UNSERE FRAGEN UND DIE ERFAHRUNGEN UNSERER KÄMPFE ZUSAMMEN!

Wir werden – in Anerkennung all unserer Unterschiede – ein gemeinsames internationales Camp gegen das Gefechtsübungszentrum Altmark aufbauen. In Diskussionen und Aktionen wollen wir von der Bandbreite unserer Kämpfe profitieren. Machen wir der militarisierten Zurichtung der Welt ein Ende! Um effektiven Widerstand aufzubauen, gilt es zunächst zu verstehen, womit wir es bei "neuen" Kriegen zu tun haben. Nicht in Form von Expertisen, die keiner liest, sondern als geteiltes Wissen. Was hat sich seit dem Kalten Krieg verändert? Wie positionieren wir uns in gegenwärtigen und zukünftigen Kriegen? Welche Unterschiede zwischen Piratenjagd und Intervention in sogenannte Schurkenstaaten sind bedeutsam oder ist beides nur Ausdruck eines permanenten Kriegszustandes? Finden wir es wichtig, ob dem Konzept der Aufstandsbekämpfung tatsächlich kommende Aufstände zu Grunde liegen? Wie kommt die Nato-Strategie der "Vernetzten Sicherheit", der "Comprehensive Approach", weltweit zum Tragen? Ebenso wollen wir praktisch vor Ort beweisen, dass wir den Krieg dort wo er beginnt auch aufhalten können. Uns sind in diesem Sinne alle Aktionsformen willkommen, die den laufenden Militärbetrieb markieren, blockieren, sabotieren! Manöver finden hier fast täglich statt, das Gelände ist nur teilweise eingezäunt und riesengroß. So bieten sich vielfältige Aktionsfelder: zum Beispiel Schienen, Straßen, Zäune, Gebäude, Wege, Lagerhallen, Überwachungsinfrastruktur, Soldat_innen, Fahrzeuge, Flugmaschinen, Kommunikationsnetze, Zulieferer, Rüstungsbetriebe ...

MARKIEREN. BLOCKIEREN. SABOTIEREN. WAR STARTS HERE - LET'S STOP IT HERE!

CAMP AGAINST THE GEFECHTSÜBUNGSZENTRUM (GÜZ)!

M31 Nachbereitung

Im folgenden eine Einschätzung des M31 durch das autonome Medienkollektiv Rhein-Main und ein Kommentar von Wolf Wetzel

Am 31. März gab es im Rahmen des europaweiten Aktionstag gegen Kapitalismus "M31" in mehr als 40 europäischen Städten, unter anderem in Mailand, Zagreb, Utrecht, Wien, Moskau, Athen und Kiew, sowie in New York Aktionen. In Mailand kamen mehr als 10.000 zur Demonstration. In Frankfurt gab es rund um die zentrale Demonstration mit 6.000 Menschen heftige Auseinandersetzungen mit den Bullen und massive Sachbeschädigungen. Die Bullen sprechen von über einer Million Euro Sachschaden. Die Folge der Bullengewalt sind unter anderem mehr als 450 Festnahmen und über 150 Verletzte. Das Ziel der Demonstration - die Großbaustelle des künftigen Sitzes der Europäischen Zentralbank - wurde nach massiven Bullenangriffen auf die Demonstration nicht erreicht. Die Presse berichtete im Anschluss ausführlich über die Ereignisse, der antikapitalistische Charakter wurde hervorgehoben.

Ablauf der Demonstration in Frankfurt

Etwa 6.000 Menschen sind am 31. März 2012, in Frankfurt zusammen gekommen, um entschlossen und kämpferisch gegen die neoliberale und autoritäre Krisenpolitik der EU zu demonstrieren. Mit einer Samba-Gruppe, kurdischen Jugendverbänden, linken Hochschulgruppen, Alt-Kommunist*innen, anarcho-syndakalistischen Gewerkschaften, (Post-)Autonomen aus der ganzen BRD und vielen weiteren Gruppen war der Charakter sehr offen und vielschichtig.
Die Demonstration war Teil des europaweiten Aktionstags gegen Kapitalismus, der vom M31-Bündnis organisiert wurde.
Am Startpunkt der Demonstration wurden mehrere Redebeiträgen vorgelesen. Unter anderem hielt ein Genosse der FAU einen Beitrag zu Arbeitskämpfen weltweit, und Ökolinx eröffnete die Perspektive auf eine neue Antiautoritäre Internationale. Anschließend startete die Demonstration vom Hauptbahnhof.
Mit lautstarken antikapitalistischen und antinationalen Parolen zog die Demo zunächst zum aktuellen Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB). Diese war mit sog. "Hamburger Gittern" und BFE-Bullen massiv geschützt. Dennoch konnten die Bullen Angriffe auf das Gebäude mit Farbbeuteln, Steinen und Feuerwerkskörpern nicht verhindern. Am Gebäude der alten EZB wurde ein weiterer Redebeitrag vorgelesen.
Die Demonstration führte weiter vorbei an dem Luxushotel Steigenberger/Frankfurter Hof und an einer Filiale der Wirtschafts-Anwaltssozietät Baker & McKenzie. Auch hier gab es jeweils militante Aktionen und in der Folge Glasbruch. Spätestens ab hier versuchten Riot-Cops massiv, die Demonstration anzugreifen. Durch die Entschlossenheit der Teilnehmenden wurden die Angriffe abgewehrt, es kam aber zu ersten Verletzten auf beiden Seiten. Die Presse berichtet in diesem Zusammenhang vor allem von einem angeblich schwer verletzten Kontakt-Bullen. Ebenfalls laut Presse geht es diesem bereits wieder besser. Die über 150 - teils schweren Verletzungen auf Seiten der Demonstrierenden blieben in der Regel unerwähnt. Einen genauen Überblick gibt es wohl noch nicht, mehrere Knochenbrüche und Sehnenrisse sind aber bestätigt.

Paulsplatz - Stadtpolizei - Jüdischer Friedhof

Am Paulsplatz gab es einen Redebeitrag des "...ums Ganze!"-Bündnisses zur Perspektive linker Praxis. Die Demonstration führte anschließend vorbei an der kaum geschützten Zentrale der Stadt-Bullen. Wie bereits bei der IMK-Demonstration im Juni 2011 wurde diese angegriffen. Diesmal blieb es nicht bei einigen Flaschenwürfen. Die Wache wurde komplett entglast und mit passenden Graffities ("Fight Law and Order") verziert.

Weiter ging die Route vorbei am Börneplatz und dem Jüdischen Friedhof, dessen Mauer mit hervorstehenden Stahlblöcken an die fast 12.000 Jüdinnen und Juden erinnert, die zwischen 1933 und 1945 deportiert und ermordet wurden. Die Moderator*innen auf dem Lautsprecherwagen wiesen auf die historische Bedeutung dieses Ortes hin.
In der Battonstraße zogen die Bullen vermehrt BFE-Spalier an die Seiten der Demonstrationer Ecke Battonstraße/Lange Straße griffen die Bullen den hinteren Teil der Demonstration erneut an, und spalteten den letzten Teil der Demo inklusive zweite Lautsprecherwagen komplett ab.
In der Folge kam es zu teils heftigen Auseinandersetzungen mit den Bullen, die jedoch recht schnell wieder abebbten. Aus dem hinteren Kessel mussten zwei Personen aufgrund schwerer Verletzungen mit dem Krankenwagen abtransportiert werden.
Die Demoleitung versuchte wiederholt, die Bullen zum Abzug aus der Demo zu bewegen. Nachdem mehr als eine Stunde gewartet und verhandelt wurde, war klar, dass die Bullen sich nicht mehr aus der Demo zurückziehen würden. Der hintere Lautsprecherwagen wurde wiederholt durchsucht, und alle eingekesselten Demonstrierenden sollten festgenommen werden. Die Bullen hielten den Kessel vom hinteren Teil der Demo noch unglaubliche neun Stunden aufrecht. Den Leuten wurde über Stunden hinweg der Zugang zu Toiletten, Wasser und Essen verwehrt, Betreuungsteams und Anwält*innen wurden längere Zeit nicht an die Eingekesselten heran gelassen.

Nachdem der vordere Teil der Demonstration mehr als eine Stunde gewartet und verhandelt hatte, entschied dieser sich, nicht weiter bis zum eigentlichen Ziel der



Route - der Großbaustelle der Europäischen Zentralbank - zu gehen, sondern zurück in die Innenstadt zur Konstablerwache. Auf dem Weg wurden mehrfach Bullenautos angegriffen, und so die Wut auf die Situation zum Ausdruck gebracht. Am Main stoppten die Bullen plötzlich den gesamten Demo-Zug und erklärten die Demonstration für polizeilich aufgelöst. Vorne und hinten machten die Bullen den Weg zu, und versuchten so, die restliche Demonstration einzukesseln.
Trotzdem schafften die Demonstrierenden, massenhaft aus dem Kessel rauszukommen. Die Folge waren massive Sachbeschädigungen in der gesamten Frankfurter Innenstadt. Viele unkontrollierbar vorgehende Gruppen von Autonomen machten auf diese Weise deutlich, was sie von den unmenschlichen kapitalistischen Verhältnissen halten, in denen es Armut für viele und vergoldete Scheiße für wenige gibt, in denen tagtäglich Hundertausende an Hunger und z.B. an den Außengrenzen von EU und USA sterben. Auch die Wut auf das brutale Verhalten der Bullen fand so ihren Ausdruck.
Im Laufe der nächsten Stunden wurden verschiedene Arbeitsämter entglast, das Luxushotel Steigenberger / Frankfurter Hof, das Rathaus auf dem Frankfurter Römer und viele viele Bankfilialen wurden militant angegriffen. Auf der Zeil und der Leipziger Straße wurden ebenfalls mehrere Filialen von Geschäftsketten und Banken entglast. Die Bullen sprechen inzwischen von mindestens 1.000.000 Euro entstandenem Sachschaden.
Ein Pressesprecher des M31-Bündnisses kommentierte die Ereignisse folgendermaßen:
“Die Angriffe mit Farbbeuteln und Steinen auf u.a. den Sitz der Europäischen Zentralbank, die Wache der Stadtpolizei und die Arbeitsagentur können wir in Anbetracht der immer brutaler werdenden sozialen Bedingungen nachvollziehen. Wir verstehen diese militanten Aktionen als Ausdruck der Wut über die autoritäre Krisenpolitik in der EU. Die Staaten sanieren den Kapitalismus auf Kosten der Lohnabhängigen und sozial Schwachen. Dagegen wehren wir uns.

Fazit - politischer Gehalt - Ausblick

Die Aktionen am 31. März waren sowohl in Frankfurt als auch europaweit ein erfolgreiches Zeichen gegen die Krisenpolitik der EU und den Kapitalismus im allgemeinen. Europaweit sind bis zu 20.000 Menschen gegen Kapitalismus, “nationale Interessenpolitik und nationalistische Krisenideologie” auf die Straße gegangen.
In Frankfurt brachten 6.000 Menschen auf einer großen, kämpferischen Demonstration deutlich ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zum Ausdruck. Die militanten Aktionen führten zu einem enorm großen Presse-Echo, alle großen Nachrichten in Deutschland berichteten prominent von den Ereignissen in Frankfurt. Insbesondere die Vermittlung von Inhalten hat dabei gut geklappt. Unisono wurde von “antikapitalistischen Protesten” berichtet, vereinzelt fielen sogar ein paar Sätze zur konkreten Kritik an der EU-Krisenpolitik. Die Pressesprecher des M31-Bündnis wurden in mehreren Zeitungsartikeln zitiert. In Radio-Beiträgen und Fernsehberichten wurden sie direkt interviewt. Dabei wurden auch differenzierte Positionen aufgenommen.
Der politische Gehalt und die mediale Wahrnehmung eines so umfangreichen Protestes als explizit antikapitalistisch - und nicht etwa als bloße Kritik konkreten Sparmaßnahmen oder Banken - ist ein notweniger und großer Fortschritt für die Linke. Ob die beteiligten Gruppen und Bündnisse den Anspruch einlösen können, M31 als weitergehende Organisierung einer neuen antiautoritären Internationalen zu begreifen, und wie viele emanzipatorische Initiativen sich an diesem Prozess beteiligen, wird sich zeigen. Es liegt an uns allen, an dem Kampf für eine menschlichere, postkapitalistische Gesellschaft teilzunehmen.
Um das Mobi-Video des M31-Bündnisses zu zitieren:
“Die Aktionen in vielen europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind schon jetzt Teil einer europaweiten Diskussion und Vernetzung. Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mitzugestalten. Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren. Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Die Verteidigung bestehender sozialer Rechte ist wichtig. Aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus brechen. Echte Demokratie - wie sie in vielen Protesten gefordert wird - das geht nur ohne Kapitalismus, ohne Staat und ohne Nationalismus.

Repression - gewalttätige Bullen

Im Verlauf der Demonstration und der Aktionen in Frankfurt wurden bis zu 465 Personen festgenommen, es gab mehr als 150 teils schwer Verletzte. Der Kessel des hinteren Teils der Demonstration wurde von den Bullen neun Stunden lang aufrecht erhalten, Anwält*innen und Betreuungs-Teams wurden nicht zu den Eingekesselten vorgelassen. Die Bullen haben angekündigt, gegen alle eingekesselten und festgenommenen Personen Anzeige zu erstatten, es soll eine Sonderkomission zu M31 eingerichtet werden.
In den folgenden Tagen und Wochen wird vermutlich noch einiges an Repression gegen die Beteiligten des Aktionstages folgen. Wenn ihr Betroffen seid, meldet euch unbedingt bei der Roten Hilfe Frankfurt, und koordiniert euer Vorgehen. Wie immer gilt natürlich: Keine Aussage bei den Bullen - bei Vorladungen einfach garnicht erst hingehen. Nur gemeinsam sind wir stark - Anna und Arthur halten's Maul!
Autonomes Medienkollektiv Rhein-Main

Capitalism is crisis - Fast schlimmer als die Schreie...

Am 31. März 2012 fand in Frankfurt die Demonstration des ›M-31‹-Bündnisses statt. Ihm geht es nicht darum, den Kapitalismus krisenfest und menschlich zu machen, also zu retten. Erklärtes Ziel ist es, ihn zu überwinden:"Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationlistischer Krisenideologie. Die Verteidigung bestehender sozialer Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus brechen. ‚Echte Demokratie', wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapialismus, ohne Staat und ohne Nationalismus.« (M-31-Mobilisierungszeitung)

Das M-31-Bündnis hat sich als Ziel die Baustelle der Europäischen Zentralbank/EZB im Frankfurter Ostend gesetzt: »Das Ziel ist zunächst die geschlossene Ankunft des Demonstrationszuges an der EZB-Baustelle. Inzwischen haben verschiedene Spektren darüber hinaus ihr Interesse an einer symbolischen Bauplatzbesetzung angekündigt. Der Aktionstag in Frankfurt soll ein deutliches Zeichen gegen die EU-Krisenpolitik und ihre dramatischen Auswirkungen in den einzelnen Ländern setzen. Hierfür sind kreative Begleitaktionen um und während der Demo ...geplant.« ((M-31-Mobilisierungszeitung)
Darüber hinaus war auch in Beiträgen von der »Stillegung der EZB« die Rede, was man sich auch immer darunter vorstellen kann und soll.
An die Polizei ging die Aufforderung, auf eine Seitenbegleitung, also auf den mobilen Polizeikessel zu verzichten – andernfalls würde man die Demonstration auflösen.
Die Grundvoraussetzung einer Demonstration klarzustellen, ihre Außenwirkung nicht von der Polizei diktieren zu lassen, war erfreulich und erfolgreich. Die Demonstration konnte sich relativ ungehindert am Hauptbahnhof versammeln und

sich in Richtung alte EZB/Opernplatz in Bewegung setzen. Es waren über 5.000 Beteiligte und die Stimmung war durchaus heiter.
Auf massive Polizeipräsens stieß die Demonstration erst rund um die alte EZB. Der ganze Komplex war mit Gittern und Polizei abgeriegelt. Es flogen Farbbeutel und einige Kracher in Richtung Polizeiketten und Fassade. Als sich die Demonstration durch das Businessclass Viertel bewegte, intensivierten sich die Attacken. Es gingen einige Scheiben von Banken und Edeleinrichtungen, Scheiben einer Polizeiwache und eines privaten ›Hand and Head Hunters‹ zu Bruch.

Nachdem die Polizei aufforderte, am Glanz des Luxuslebens nicht länger zu rütteln, ging es weiter Richtung Baustelle der EZB. Als die Demonstration den Triple-A-Sektor, die Innenstadt verlassen hatte, schlug die Polizei zu. BFE-Einheiten stürmten in die Demonstration und kesselten einen Lautsprecherwagen und ca. 150 DemonstrationsteilnehmerInnen ein. Weitere Polizeieinheiten sicherten den Polizeikessel und spalteten so die Demonstration. An dieser Aktion war nichts spontan. Man wollte die Demonstration außerhalb der Innenstadt und weit genug weg von der Baustelle der EZB stoppen bzw. beenden – mit und ohne rechtliche Evidenz. Nach über zwei Stunden (un-)freiwilligen Wartens entschied sich die Demonstrationsleitung dazu, das Ziel ›EZB‹ aufzugeben. Stattdessen sollte die Demonstration zurück in die Innenstadt, auf dem Konstabler Platz enden. Auch dies ließ die Polizeiführung nicht zu und kesselte die Anwesenden am Mainufer abermals ein. Dieses Mal verkündete die Polizei, dass sie genug von dieser Demonstration habe und erklärte sie für aufgelöst. Dermaßen als Veranstalter überboten, gaben auch die ursprünglichen Veranstalter auf und beendeten das Ganze, mit dem vagen Wunsch, dass dies noch nicht alles gewesen sein muss. Bekanntlich verstanden einige diesen Wink und kehrten in Kleingruppen in die Innenstadt zurück, wo es abermals zu einigem Sachschaden und über 300 Festnahmen gekommen sein soll.

Tags darauf waren alle regionalen Zeitungen voll mit Schlagzeilen wie ›Straßenschlacht in der Frankfurter Innenstadt‹ (FAZ vom 2.4.2012) oder ›Krawall gegen das Kapital‹ (FR vom 2.4.2012) – was fast schon etwas poetisches hatte. Dieses Mal spielte man das Ereignis nicht herunter, dieses Mal überbot man sich in Empörung, Entsetzen und Erschrecken….:

»Es waren Schreie, die man, wäre dieses Wort nicht so abgegriffen, als Todesangst bezeichnen könnte. Fast schlimmer als die Schreie selbst waren nur noch das Splittern der berstenden Scheiben und das dumpfe Aufprallen der Wurfgeschosse auf dem Asphalt.
Frankfurt hat das schlimmste Ausmaß linksextremer Gewalt seit vielen Jahren erlebt.« (Das wahre Gesicht gezeigt, FAZ vom 2.4.2012)

Manche Kommentare gelangten mit ihren Übertreibungen und Eingebungen fast wieder zur Wahrheit zurück: Fast schlimmer, also ganz schlimm sind die kaputten Scheiben. Genau das,was diese alte Parole zum Ausdruck bringen sollte:

Menschen sterben und ihr schweigt, Fenster bersten und ihr schreit!

Alle Medien sahen wie auf einem Kommando die »gute Sache«, also eine folgenlose, diffuse, hilflose Kapitalismuskritik diskreditiert und verlangten nun von Hinz und Kunz freiwillige und ungezwungene Distanzierungen. Während in aller Regel die Erklärungen und Ankündigungen von den VeranstalterInnen mit konzentriertem Schweigen quittiert werden, rennt man nun Erklärungen aus ihrem Munde hinterher: Distanzieren Sie sich von der Gewalt! Distanzieren Sie sich von den Ausschreitungen!
Die VeranstalterInnen sind in der Zwickmühle: Begrüßen sie das, was in ihren Ankündigungen und Aufrufen schwammig und vielsagend in Raum steht, sorgen sie zwar für Klarheit, aber auch für ein mögliches strafrechtliches Verfahren.
Um sich nicht von dem zu distanzieren, was viele zwischen den Zeilen herauslesen konnten und sollten, flüchtet man sich in schwache Objektivierungen.Alles sei »Ausdruck von Wut gegen die derzeitige politische Situation in Europa« (FAZ vom 2.4.2012), so ein Sprecher der Frankfurter Antifa.

Warum stehen die VeranstalterInnen nicht zu dem, was zwischen den Zeilen herausgelesen werden sollte:
Die Steine und Farbbeutel, die während der Demonstration auf Banken und Luxusgeschäften, auf Polizeiwachen und Job-Center geworfen wurden, sind so alternativlos, wie die Billionen Euros, die die deutsche Bundesregierung zur Verstaatlichung von Kapitalverbrechen aufzubringen bereit ist. Das würde sich ungefähr mit dem Risiko derer decken, die den Aufruf der VeranstalterInnen gelesen und verstanden haben.

Wolf Wetzel



directaction in Hamburg und Umgebung:

*****

23.04., Hamburg: Stein-Attacke aufs Arbeitsamt Altona (Straße/Augustenburger Straße)
Unbekannte haben 20 Fensterscheiben ein.
der Zeck wurde dazu zugesendet:
GEGEN DEUTSCHEN ARBEITSWAHN SELBSTBESTIMMT STATT UNTERTAN!
FÜR EINEN KÄMPFERISCHEN 1. MAI! Gegen Nazis, Staat und Kapitalismus! Für ein Leben in Freiheit!

*****

31.03./1.04., Hamburg: Feuer gegen Rüstungsfirmen, Hamburg
(Siehe zugesendete DOKU)

*****

25./26.03., Raum Kiel: Farbe bekannt - Angriffe auf NPD-Kandidaten im Raum Kiel
(Siehe zugesendeter Text)

*****

24.03., Neumünster: Farbangriff auf "Club 88"
In der Nacht von Freitag auf Samstag (23./24.3.2012) haben wir den Neonazitreffpunkt Club 88 in Neumünster Gadeland mit grüner Farbe eingefärbt und großflächig die Parole „Farbe bekennen gegen Nazis" hinterlassen. Mit dieser Aktion wollen wir uns militant an der Kampagne „Farbe bekennen. Den rassistischen Wahlkampf in Schleswig-Holstein sabotieren" beteiligen. Der Angriff auf den bundesweit bekannten Nazitreffpunkt soll den Nazis zeigen, dass wir ihre menschenverachtende Hetze nicht unbeantwortet lassen, sie sich nicht in scheinbar sicherer Ruhe vernetzen oder auch nur ihr Feierabendbier genießen können.
Der Club 88 stellt seit nunmehr 15 Jahren einen der wichtigsten Treffpunkte der Neonaziszene in Norddeutschland dar und hat sich als überregionales Zentrum, in dem Nazis vermeintlich unbehelligt ihren Aktivitäten nachgehen können, etabliert. Besonders die Geburtstagsfeiern des Club 88 sind feste Termine im Veranstaltungskalender der Nazis, zu denen regelmäßig mehrere hundert BesucherInnen kommen.
Wir werden den Nazis keine Räume, Rückzugsorte oder logistische Treffpunkte lassen, sondern sie wo wir können in ihren Handlungsspielräumen einschränken und angreifen.
Lasst Nazipropaganda nicht unwidersprochen, stört ihre Infotische, Aufmärsche und Wahlveranstaltungen, pflückt ihre Wahlplakate, bildet Banden und werdet kreativ.
Nazis sind angreifbar! Auch an einem Freitagabend in ihren eigenen Räumen!
Naziaufmarsch am 1. Mai in Neumünster angreifen und verhindern!
Übrigens: Die von den FaschistInnen ausgelöste Alarmsirene begleitete uns noch eine Weile durch das Dunkel der Nacht...
Autonome Maler_innen SH

Wir zahlen nichts mehr!

Zu den Aktionen gegen HVV und die tägliche Ausbeutung
Seit Anfang des Jahres gab es einige Aktionen gegen den HVV. Wir haben einige Gedanken zu diesen und Ideen zu möglichen Initiativen zusammengefasst.
Dokumentation:

Sabotage an Fahrkartenautomaten und Auto angezündet
Hamburg 21. März 2012

"Wir zahlen nichts! Weder für die Abhängigkeit und Ausbeutung, an der sich bereichert wird, noch für die Krise eines Systems, das uns unterdrückt. Wir haben in der Nacht zu Mittwoch, den 21. März 2012 18 Fahrkartenautomaten im ganzen Stadtgebiet sabotiert und ein Auto der Hochbahn angezündet. Unsere Antwort auf Preiserhöhungen, vorne einsteigen in allen Bussen und immer mehr Kontrollen, die sich seit Anfang des Jahres massiv verschärft haben hat ihren Ausdruck in Sabotageaktionen gefunden, die sich hoffentlich ausbreiten werden!
Angriff und Widerstand! Freiheit!"

Fahrkartenautomat gesprengt
Hamburg 16. Januar 2012

Die Presse schreibt:
"...Verbogenes Metall, überall Splitter: Schon wieder ein Anschlag auf den HVV! Unbekannte haben einen Fahrkartenautomaten am S-Bahnhof Bahrenfeld gesprengt. Die Front eines Fahrkartenautomaten fliegt auf, die Täter klauen die Geldkassette. Ein zweiter Automat wird schwer beschädigt. Ein Schaden von „mindestens 10000 Euro"...

Sabotage an über 30 Fahrkartenautomaten
Hamburg 10. Januar 2012

"Nie mehr Fahrpreiserhöungen,nie wieder Zahlen! Alles für Alle umsonst! In der NAcht des 10. Januar wurden in ganz Hamburg über 30 Fahrkartenautomaten außer Betrieb gesetzt.
Ob mit Feuer,Farbe ...oder Kleber, der Kreativität ist bei der Sabotage der kapitalistischen Realität keine Grenzen gesetzt.Mensch muss kein_e Experte_In sein um sich dem zu entledigen was uns ausbeutet: also los gehts! Viel Kraft für alle die sich gegen Kontrolle, Schikanen und Ausbeutung wehren! Für ein herrschaftsfreies Leben!"

Zu den Aktionen:

Interessant war, dass nach dem doch relativ großen Medienecho nach der Sabotageaktion am 10. Januar, die Diskussionen in verschiedenen Internet-Plattformen (keine speziellen Bewegungs-Seiten), teilweise überwiegend positiv waren und eine Auseinandersetzung mit dem in dem Schreiben erwähnten stattfand. Auch die anonyme Automaten Sprengung und Enteignung des HVV bekam einige Aufmerksamkeit.
Die Sabotage und der Brandanschlag am 21. März hingegen wurden, wie wieder häufiger in letzter Zeit zu beobachten, von den Medien komplett verschwiegen. Dafür gab es eine doch recht ausgiebige Vermittlung in Bewegungsmedien (in verschiedenen Sprachen auf vielen verschiedenen Seiten). Wir denken, dass es sowieso gefährlich ist, sich bei der Kommunikation von Aktionen auf die Medien zu verlassen bzw. einen Erfolg einer Aktion an der Reaktionen dieser zu messen. Eine Berichterstattung der Presse, in welchem Sinne auch immer, kann immer eine Hilfe sein die Ak-

tion zu verbreiten aber wir wissen auch das die Medien und Presse ein Teil des kapitalistischen Systems sind und auch immer im Sinne dieses funktionieren werden. Das ändert sich auch nicht, wenn irgendwer mal einen "guten Artikel" schreibt. Es bleibt also wichtig an unser eigenen Kommunikation zu arbeiten.

Für uns steht fest:
Wir wollen das alle sich fortbewegen können wie, wann und wohin sie wollen und das umsonst!
In den Konflikten um die Fortbewegung in den Städten z.B. treffen viele Unterdrückungsmechanismen aufeinander und können sichtbar gemacht werden. Z. B. Kontrolle, kapitalistische Ausbeutung, Privatisierung und Vertreibung sind einige dieser und die grundsätzlichen Zwänge die mit dem Nutzen der öffentlichen Verkehrsmittel und dem Alltag in dieser Realität verbunden sind, lassen sich kommunizieren, da viele sie am eigenen Leib erfahren. Fahren ohne Ticket sowie Intervention gegen Kontrollen sowie die Profiteure können praktiziert und propagiert werden.

Alles soll für alle möglich und zugänglich sein!
Denn wir wollen eine Gemeinschafft ohne Verlierer_innen und Gewinner_innen. Praktische Besitzumstrukturierung und Dekonstruierung wie z.B. Ladendiebstahl, Raubkopieren, Plündern sowie umsonst-Initiativen und Kooperativen können die kapitalistische Logik in Frage stellen und zur Entwicklung von Ideen fernab von ihr beitragen.
Wir denken, das es Sinn macht, die Praxis von Aktionen mit sozial-revolutionären Ansätzen auf niedrigem Level, also so, dass Mensch kein_e Experte_in sein muss um sie durchzuführen, zu verbreiten.
Ob HVV und Co. in Hamburg, BVG in Berlin, MVG in München, EVAG in Essen ... oder sonstwo, zeigen wir denen die tagtäglich an unserer Abhängigkeit und Unterdrückung verdienen, das wir nicht länger zuschauen werden!

Für ein Leben ohne Herrschaft!



*****
21.03., Hamburg: Sabotage an Fahrkartenautomaten und Auto angezündet
(Siehe zugesendeter Text)

*****
28.02., Hamburg: Sechs Banken angegriffen
(Siehe zugesendete DOKU)

*****
05.02., Hamburg: BMW angezündet
Bekennerschreiben zum Autobrand in der Nacht vom 04.02.12 auf den 05.02.12 vor den Riverkasematten, Hafenstraße, St. Pauli, Hamburg:
„Am 02.02.12 jährte sich zum ersten mal die Räumung des besetzten linken Wohnprojekts „Liebig Straße 14" in Berlin. Am 29.01.2012 wurde das linke Wohnprojekt „Rigaer 94" mit einem massiven Bulleneinsatz angegriffen.
Die Angriffe durch den Repressionsapparat auf unsere erkämpften Freiräume vermehren sich stetig. Nun ist es an uns, zurückzuschlagen. Wir lassen es nicht mehr ungestraft geschehen, das linke Freiräume zerstört und die Freiheit, so zu leben wie mensch es für sich als richtig empfindet, kriminalisiert wird, während Privatpersonen sich auf kapitalistischen Wege bereichern. Auf Grund dessen, haben wir in der Nacht vom 04.02.12 auf den 05.02.12 einen teuren BMW Kombi in Brand gesteckt. Dies soll Ausdruck sein für unsere Wut die herrschenden Zustände nicht mehr länger zu tolerieren. Wir wollen mehr linke Freiräume, Luxus für alle und keine Bonzen in unseren Vierteln.
Nehmt ihr uns die Häuser ab, machen wir die City platt.
Dies war erst der erste Streich, doch der zweite folgt zu gleich....
Lasst euch DAS eine Warnung sein.
Liebig lebt, Rigaer und Flora bleibt. One Struggle, one Fight!
Ein paar wütende Autonome"

*****
10.01., Hamburg: Sabotage an über 30 Fahrkartenautomaten
(Siehe zugesendeter Text)

*****
05.01., Hamburg: Wieder Farbanschlag auf das IBA Dock

„Es wurde in der Nacht am 4.1.12, auf den 5.1.12 ein Farbangriff auf das IBA- Dock in Veddel Hamburg verübt. Denn es kann nicht mehr tatenlos zugesehen werden wie durch die IBA, mit der SAGA GWG, die Gentrifizierung in Veddel und Wilhelmsburg vorangetrieben wird. Menschen welche in das Stadtbild der IBA und der SAGA GWG nicht hineingehören werden von dort vertrieben und es wird ihnen für die Zukunft die Möglichkeit genommen, in ihrem gewohnten Umfeld, zu leben. Zu diesen Menschen gehören unter anderem Arbeitslose, Geringverdiener, und Menschen mit Migrationshintergrund.
In den nächsten Jahren verspricht die SAGA GWG 7000 neue Wohnungen zu bauen. Die Frage bleibt aber offen, ob

dort auch Sozialwohnungen gebaut werden und von welchem Geld überhaupt gebaut werden soll.
Auch die IGS die im Jahre 2013 statt findet, fördert nicht das Wohlbefinden der Anwohner.
Denn zum Beispiel der Menge Park, der immer ein schöner Park war, in welchem sich Familien, Freunde oder andere Gruppen treffen konnten um gemütlich beisammen zu sein, zu Grillen, oder einfach nur zu Entspannen und ein Stückchen Natur in dem tristen Alltag der Stadt zu genießen, ist nicht mehr der Öffentlichkeit zugänglich. Bald wird man dort nur noch reingelassen wenn man die abnorme Summe von 21 € oder 17€ ermäßigt zahlt.
Und auch im restlichen Hamburg sieht die Zukunft nicht so rosig aus wie sie von Stadt oder Staat immer dargestellt wird. Für viele sieht sie sogar ziemlich schlecht aus. Aufgrund der immer weiter steigenden Mieten fürchten viele ihre Wohnungen nicht mehr länger bezahlen zu können und dann im schlimmsten Fall sogar auf der Straße zu landen. Denn auch die Suche nach bezahlbarem Wohnraum wird zum immer größerem Problem.
Deshalb wurde um Zeichen zu setzen, um den Unmut auf die Straße zu tragen schon zwei Jahre hintereinander Demonstriert. Im Jahre 2010 gegen den herrschenden Lehrstand und im Jahre 2011 gegen die immer weiter steigenden Mieten. An diesen Demonstrationen waren nicht nur einzelne beteiligt sondern es wurde zahlreich teilgenommen und tausende Menschen haben ihre Meinung zu dem bestehenden geäußert.
Sicht auf Besserung blieb aber leider aus!
Und nun? Anstatt das der neue SPD Senat aus den begangenen Fehlern lernt machen sie da weiter wo ihre Vorgänger aufgehört haben. Also obwohl man ihnen ihre Fehler und den herrschenden Unmut, durch verschiedenste Aktionen, deutlich gezeigt hat wollen sie anscheinend nicht lernen, sondern vergrößern sogar noch die Wut durch zahlreiche Handlungen wie zum Beispiel der Vertreibung des Wagenplatzes Zomia aus Wilhelmsburg, freundlichsten Dank an Herrn Schreiber(SPD) dafür...
Es kann und wird nicht länger tatenlos zugesehen, wie von oben über die Köpfe von Anwohnern und Anwohnerinnen und schlicht über die Köpfe der Menschen die direkt davon betroffen sind weiterentschieden wird.
Deshalb Mit dieser Aktion ein frohes Jahr 2012 was hoffentlich durch zahlreiche Aktionen geprägt ist, welche deutlich beweisen sollten das nicht nur einzelne das Sagen haben sondern ALLE!

DIE GENTRIFIZIERUNGSGEGNER"
*****

dokumentation

Sechs Banken angegriffen

Hamburg 28. Februar 2012 "Die Krise ist das scheiß System!
In Griechenland kämpfen Menschen gegen die direkten Auswirkungen von Entscheidungen, die deutsche und andere europäische Politiker innen über ihre und unsere Köpfe hinweg beschließen um ihr unterdrückerisches System zu retten. Die Hetze der deutschen Presse ekelt uns an!
Unsere Solidarität gilt den streikenden und kämpfenden Menschen , die jetzt in den Knästen sitzen und sich mit Repression konfrontiert sehen. Außerdem senden wir Solidarität an die griechischen Revolutionäre innen der griechischen Stadtguerilla „Revolutionärer Kampf" die gerade für ihre Kämpfe und Ideen vor Gericht stehen. Wir haben am 27. und 28. Februar 6 Banken in Hamburg angegriffen. Es sind kleine aber deutliche Zeichen, Banken in Deutschland anzugreifen und wir hoffen,so wie wir von einer Soliaktion in Bielefeld inspiriert waren, dass es uns viele gleich tun werden und Solidarität Richtung Griechenland und Wut und Steine gegen die Banken und ihr System schicken.
Auf das viele Menschen am 31. März in Frankfurt und zu anderer Zeit an anderem Ort ihre Wut auf die Straße tragen. Für einen heißen Sommer! Freiheit!"



dokumentation

War start´s here – Let´s stop it here!

Wir sind dieses Wochenende an drei Orten gegen die Rüstungsindustrie in Hamburg vorgegangen:
An der Elbchaussee 146 haben wir ein Auto des Blohm und Voss Geschäftsführers Herbert Aly vor seiner Villa abgebrannt; am Gebäude der Muehlhan AG in der Schlinkkstrasse 3 in Wilhelmsburg wurde Feuer gelegt und in der Woltmannstrasse 19 ist die Fassade der Hamburger Niederlassung von NORTHROP-GRUMMAN eingefärbt worden.
Herbert Aly steht seit sechs Jahren an der Spitze von Blohm+Voss (B+V). Er war im Vorstand von THYSSEN KRUPP MARINE SYSTEMS (TKMS), in dessen Besitz sich B+V von 2002-2012 befand, und ist jetzt nach dem Verkauf von B+V Shipyards+Services an den Finanzinvestor Star Capital Partners dort Vorsitzender der Geschäftsführung. Somit leitet er die Geschäfte der drei Module B+V Repair, B+V Shipyards und B+V Industries. B+V Naval, HDW Kiel und die schwedische Tochter Kockums verblei-ben bei TKMS.
Mitnichten darf mensch sich nun vorstellen, daß die miese alte Kriegstante B+V, welche schon die Hochrüstung Deutschlands für den ersten und zweiten Weltkrieg sowie die Ausbeutung tausender Zwangsarbeiterinnen im Nationalsozialismus zu verantworten hat, nun auf ihre betagten Tage nur noch Luxuskreuzfahrtschiffe wie die Queen Mary II oder Anlagen für den Offshorebereich wartet und baut.
Der Hauptsitz von TKMS mit dem Militärbereich B+V Naval bleibt auf dem Gelände in Hamburg und der zentrale Auftrag der B+V Werft, der Bau von vier neuen Fregatten des Typs F125 für die deutsche Marine wird hier bis Ende 2018 realisiert. Alle vier Schiffe werden in der Hansestadt ausgerüstet und endmontiert. Der Bau wird von B+V Shipyards im Auftrag von B+V Naval abgewickelt. Auch in Zukunft wird der "zivile" Teil von B+V als Dienstleister für von B+V Naval hereingeholte Marineneubauten tätig werden.
Das Auftragsvolumen für den Bau der neuen F125 Fregatten beträgt 2,9 Milliarden Euro. Für die Fertigung der Vorschiffe ist die Lürssenwerft aus Bremen zuständig, welche bereits an dem letzten Korvettenprojekt von B+V beteiligt war.
Während der großen Feier für die Kiellegung der ersten Fregatte, der "Baden Württemberg", im November 2011 im Beisein hochrangiger Gäste aus dem Verteidigungsministerium und der Seestreitkräfte sprach Herbert Aly von einem neuen Kapitel in der Geschichte der Marine. Die F12E Fregatten "sind zugeschnitten auf den Eins atz in Krisengebieten", Hauptaufgaben Seeraumüberwachung und der Kampf gegen Piraterie (wie z.B. die "Operation ATALANTA").
Erstmals werden für ein Schiff zwei Besatzungen ausgebildet. Die F125 sind so konstruiert, daß sie statt wie bisher 9 Monate nunmehr 2 Jahre ununterbrochen im Einsatzgebiet verbleiben können, lange An- und Abfahrtszeiten entfallen. Die Besatzung wird halbiert und die Schiffe sind mit Waffen und Equipment für "Spezialkräfte" ausgerüstet.
Im letzten Jahrzehnt hat TKMS für die deutsche Marine 5 Korvetten für 1,2 Mrd. Euro sowie die Einsatzgruppenversorger "Berlin" und "Frankfurt Main" fertiggestellt. Der dritte Einsatzgruppenversorger wird zur Zeit in Emden gebaut. Die Korvetten sind glücklicherweise wegen Getriebeproblemen immer noch nicht einsatzbereit. In Kiel sind mehrere U-Boote vom Typ 212A abgeliefert worden. TKMS hat also den Löwenanteil der Waffenproduktion für die deutschen Seestreit¬kräfte erledigt.
In Zukunft möchte TKMS gerne neue Aufträge für die Korvette K131 und Mehrzweckeinsatzschiffe einfahren, damit auch im nächsten Jahrzehnt die Lichter auf dem deutschen Kriegswerften nicht ausgehen und die Gewinne weiter sprudeln.
Aber der deutsche Markt reicht dem Konzern bei weitem nicht aus. Deshalb werden die guten Beziehungen gepflegt, die sich durch geschäftskontakte zu "Natopartnern" und anderen in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben.
Die Brennstoffzellenbetriebenen U-Boote aus Kiel verkaufen sich wie geschnitten Brot:

• Die Türkei_ welche bereits 11 (!) U-Boote von TKMS gekauft hat, orderte 2011 noch mal für 2,5 Milliarden Euro Material zum Bau von 6 neuen U-Booten in den nächsten 13 Jahren.
• Italien erhielt U-Boote der Klasse 212A
• Für Israel werden gerade 2 U-Boote in Kiel gebaut, 3 wurden bereits ausgeliefert, im Dezember 2011 hat die Bundesregierung die Lieferung eines sechsten freigegeben.
• Pakistan meldet Interesse an U-Booten

B+V Naval hat einen Auftrag aus Kanada zum Design eines Truppenversorgers (einer modifizierten Version der deutschen Einsatzgruppenversorger) bekommen, mit Option auf zwei Nachfolgeaufträge. TKMS bemüht sich um Fregattenaufträge aus Indien und Brasilien und einen Korvetten¬auftrag aus Israel. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur, hinter den USA und Russland. Knapp die Hälfte des Exports macht der Verkauf von Kriegsschiffen aus.
Einer der besten Kunden deutscher Waffenschmieden ist Griechenland. In den vergangenen 10 Jahren hat Griechenland Rüstungsgüter im Wert von 11 Milliarden. US-Dollar importiert, zeitweilig rangierte Griechenland auf Platz 5 der größten Rüstungsimporteure der Welt.
Die bedeutendsten Geschäfte mit deutschen Rüstungsfirmen waren ein Deal mit KRAUSS-MAFFEI-WEGMANN (KMW) über den Kauf von Leopardpanzern in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. (1000 der 1600 Panzer der griechischen Armee stammen aus der deutschen Leopard 1 und 2 Produktion), der Kauf von 223 Panzerhaubitzen (403 Mio Euro) und ein Abschluss über die Produktion von 4 neuen U-Booten im Wert von 2,8 Milliarden Euro mit TKMS.
Für das U-Bootgeschäft flossen Bestechungsgelder im zweistelligen Millionenbereich an den ehemaligen griechischen Verteidigungsminister Akis Tsochatzopoulos.
Zur Produktion der Waffen hat KMW in Volos die Tochterfirma Hellenic Defence Vehicle Systems gegründet. TKMS übernahm die Hellenic-Shipyards-Werft in Athen für die Abwick¬lung des U-Bootauftrags. Parallel zur Zuspitzung der Angriffe der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentral¬bank und dem. IWF auf die Bevölkerung Griechenlands mit brutalen Senkungen von Löhnen, Entlassungen, Privatisierungen, Streichung der Gesundheitsausgaben etc., gehen die Spar¬pakete an Militär und Rüstungsindustrie beinahe spurlos vorbei. 2010 betrug der Verteidigungsetat 7 Milliarden Euro, 1,8 Mrd. worden zur Beschaffung von Rüstungs¬gütern bereitgestellt. Die Abgesandten der französischen und deutschen Regierungen legten Wert darauf, daß Verbindlichkeiten bei den Rüstungskonzernen beglichen werden. Und der Verkauf von Eurofightern, Fremmfregatten aus Frankreich und weiteren U-Booten aus Kiel wird angepeilt. Unsere Aktion gegen B+V haben wir in Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland und den europaweiten Initiativen gegen Kapitalismus am 31.3. (M31) auf dieses Wochenende gelegt. Capitalism is the crisis - revolution the only solution.
Nun noch einige Bemerkungen zu den beiden anderen Firmen, die an diesem Wochenende behelligt wurden. Beide arbeiten der deutschen Marine zu. Muelhan, diesen Namen kennt mensch in Hamburg eher als Gerüstbauer, ist ein Spezialist für Oberflächen¬schutz. Weltweit hat Muelhan über 2000 MitarbeiterInnen und erzielt einen

Umsatz über 200 Mio. Euro. Muelhan besorgt den Oberflächenschutz für den Einsatzgruppenversor¬ger "Bonn", welcher bis Ende 2012 durch eine Arbeitsgemeinschaft aus Lürssen Werft, Flensburger Schiffbau-Gesellschaft, P+S Werften und TKMS fertiggestellt werden soll. Der Einsatzgruppenversorger ist das größte Schiff der deutschen Marine und z.B. für die Unterstützung von Fregattenverbänden zuständig. Für die USAavy besorgt Muelhan die Beschichtung des Marineneubaus USS Arlington, eines Transportschiffes für amphibische Landeeinheiten und des Flugzeugträgers "John Stennis". Weitere 74 "eingemottete" Kriegsschiffe werden von Muelhan gewartet NORTHROP GRUMMAN ist der viertgrößte Rüstungskonzern der Welt. Seine Hamburger Nieder¬lassung gehört angeblich zu den wichtigsten global. NORTROP baut u.a. Navigationsanlagen für Kriegsschiffe. Zusammen mit Cassidian/EADS konstruiert Northrop ein unbemanntes Flugzeugsystem für große Höhen, den Euro HAWK; Abnehmer ist die Bundeswehr. NORTHROP hält beträch tliche Anteile an der Hamburger Rüstungsfirma Plath, welche im Mereich der Kommunikationsaufklärung für die Bundeswehr arbeitet.
Wir rufen dazu auf, antimilitaristisches Engagement unter dem Motto „war starts here.' -let's stop it here“ fortzusetzen und zu verstärken. Sinnvolle zeitliche Orientierungen könnten u.a. die antimilitaristischen und antifaschistischen Camps in Sachsen Anhalt und Dortmund im August/September, der Antikriegstag und das Sommerbiwak der Panzerdivision Hannover sein.
Aber jeder Tag antimilitaristischer Aktion ist ein guter Tag und lächelt Dich an.

• Antimilitarismus muß praktisch werden. Farbe, Feuer und Flamme den Rüstungskonzernen und -Behörden.
• Freiheit für Sonja Suder, inhaftiert in Frankfurt/M., der dieses Frühjahr der Prozess wegen Aktionen der Revolutionären Zellen (RZ) gemacht werden soll.
• Freiheit für Ali Ihsan, inhaftiert im Hamburger Untersuchungsgefängnis wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der PKK.
• Freiheit für die im Hamburger UG inhaftierten somalischen Piraten 31.3./1.4.2012

Militante AntimilitaristInnen, Arbeitsgruppe "dreizehnter Oktober neunundsechzig" (am 13.10.1969 zündeten InternationalistInnen im Hamburger Hafen einen Sprengsatz an einer der drei Korvetten, die B+V für das portugiesische Militär zur Bekämpfung der antikolonialen Befreiungsbewegungen baute)

Wir sagen nur „Peng“!

Zusammenfassung und Auswertung der Kampagne “Atomstaat stilllegen! weiträumig, unkontrollierbar und renitent”

Die Kampagne
Ausgangspunkt der Kampagne war die Unzufriedenheit vieler Menschen mit den Aktionen vom Transport von 2010. Einige meinten, die Aktionen waren zu berechenbar und nur auf die Schiene konzentriert, andere bemängelten auch die Art der Organisierung. Dank der autonomen Treckergruppen, die 2010 zahlreiche Straßen im Wendland erfolgreich blockiert hatten, haben wir uns an das bewährte Konzept der dezentralen Aktionen erinnert. Mit der Kampagne haben wir einerseits wieder auf weiträumige, unberechenbare und unkontrollierbare autonome Kleingruppen-Aktionen gesetzt und wollten andererseits entschlossene Aktionen anbieten, denen sich viele Gruppen und einzelne Leute anschließen können sollten.

Das Ziel und die Resultate
Im Hinterland
Ziel war es, im Hinterland Straßen und Transportwege weiträumig für die Polizei unpassierbar zu machen, die Infrastruktur zu sabotieren und überhaupt renitent der Besatzungsmacht im Wendland den Aufenthalt so unangenehm wie möglich zu gestalten. Im Großen und Ganzen sind wir sehr zufrieden mit der Resonanz. So gab es diesmal nicht nur Blockaden südlich der Straßentransportstrecke und das übliche – und diesmal sehr effiziente – Katz- und Mausspiel in der Göhrde, sondern die Blockaden dehnten sich im Laufe der Protesttage auf Straßen, Kreuzungen und Kreisel im gesamten Wendland aus, teils auch auf die Landkreise Uelzen und Lüneburg. Die Räume des Widerstandes wurden prima erweitert und das mit den unterschiedlichsten Mitteln und Aktionsformen:
Von ganzen Wohnzimmern auf Dorfstra˚ en, · er Sandverwehungen, quer gestellte Treckern samt Anhägern, umgesägte Bäume, Strohballen und brennende Autoreifen. Im Vorfeld haben wir · er Sicherungsma˚ nahmen f· Blockaden informiert und ihre Wichtigkeit vermittelt, siehe Flyer (http://www.castor2011.org), so dass verantwortungsvoll mit Straßensperrungen umgegangen werden konnte und auch wurde. Entsetzt waren wir, als wir hörten, dass eine Polizeieinheit von AnwohnerInnen beobachtet wurde, wie sie die Absicherungen entfernte, danach verschwand und die Barrikade auf der Straße ungesichert zurück ließ. Zum Glück blieb es nach bisherigen Kenntnisstand nur bei einem Auto mit Blechschaden. Erfreulicherweise gab es einiges neues im Widerstandsrepertoire: drei sogenannte Bombenattrappen (eine mit der Aufschrift „Peng“) sorgten für reichlich Lacher auf unserer Seite und großer Verunsicherung bei den Bullen; die Schiene mit Thermit zum Schmelzen zu bringen war auch nicht schlecht. Und das Gerücht, dass der gesamte digitale Funkverkehr mittels Sabotage von Sonntag bis Ende des Transports zum Schweigen verdonnert wurde, hat uns sehr gefreut. (Hier wären ein paar erklärende Sätze für Nachahmer_innen in entsprechenden Publikationen sehr hilfreich).
Übrigens sind die mit Schrauben gespickten Golfbälle niemals als Wurfgeschoss gedacht gewesen (so dramatisierten die Polizeisprecher), sondern sind einfach moderne Krähenfüße zur Absicherung gegen zu schnelle Bullenwagen. Zudem sind sie gut sichtbar und daher bei Aufräumarbeiten im Wald gut zu entdecken.
Bleibt die Frage, was bringen ein quer gestellter Anhänger auf einerKreisstraße, ein brennender Autoreifen-Stapel auf einer Bundesstraße oder eine Sofa-Party im Kreisel? Wir sind nach wie vor überzeugt, dass das Konzept richtig ist. Manche Aktionen halten nicht lange, vielleicht eine, im besten Fall drei Stunden, aber immerhin: für diese Zeit war die Besatzungsmacht gezwungen, sich andere Wege zu suchen, brauchte mehr Zeit und war zudem komplett genervt.
Zahlenmäßig wenige Aktionen machen keinen Sinn, blockieren wir aber massenhaft Straßen, werden um so mehr Einheiten beschäftigt. In der Chronologie der Ereignisse sind zahlreiche Aktionen aufgeführt, die sich zumeist von Donnerstag bis zum Montag erstreckten. Vielleicht wäre das Ganze noch effizienter, wenn diese Aktionen koordinierter gelaufen wären, zumal die Zahl der technischen Bulleneinheiten auch nur begrenzt ist. Andererseits haben wir entschieden, über eine grundsätzliche Koordinierung hinaus, den Gruppen selbst zu überlassen, wann, wo und mit welchen Mitteln sie sich an der Kampagne beteiligen. Es wäre schön, wenn wir beim nächsten Mal

einfach mehr sind.

An der Schiene

Sehr gefreut hat uns, dass dieses mal viele Aktivistinnen an den Großaktionen „Ralley Monte Göhrde“ und auch an „Ende im Gelände“ beteiligt haben. Mit tausenden Leuten ging es in Klein- oder Großgruppen in den Wald. Hunderte AktivistInnen haben die Göhrde dieses Jahr zu einem wahren Hindernisparcours werden lassen. Meterhohe Barrikaden, Stahlseile und umgesägte Bäume sorgten für ein ordentliches Chaos im Wald. An einigen Stellen an der Schiene wurde auch geschottert. Unser Respekt gilt den sehr entschlossenen Gruppen, die mit Pyros, Böllern, Mollis und ähnlichem der Besatzungsmacht das Fürchten gelernt und anderen so den Weg zur Schiene geebnet haben. Ein abgebrannter Funkmast sorgte für zeitweise Funkstille rund um Leitstade und auch zahlreiche Einsatzwagen kamen für den Rest des Transports nicht mehr zum Einsatz.

Auch die Aktion „Ende im Gelände“am Samstag fanden wir äußerst gelungen. Wieder wurden etliche Barrikaden auf allen Wegen errichtet, kamen entschlossen Pyros und Böller zum Einsatz, die Schiene wurde an mehreren Stellen verbogen. Überhaupt hatten wir den Eindruck, dass viele Gruppen sich schon frühzeitig Gedanken gemacht haben, was im Wendland alles gebraucht werden könnte. Erfreulich, dass sich, wenn sich keine Lücke in der Bullenkette an der Schiene bot, mit geeigneten Mitteln selber eine geschaffen wurde.

Am Sonntagmorgen sah sich der Polizeieinsatzleiter Niehörster dann genötigt in der Tageszeitung „Welt am Sonntag“ über zunehmende Gewaltbereitschaft bei den Protesten zu jammern. Dafür ließen sich „offenbar immer mehr Menschen gewinnen“, so Niehörster. Sehr schmeichelhaft, das war schließlich unser Konzept: verantwortungsvolle Militanz: weiträumig, unkontrollierbar und renitent. Gefreut hat uns noch mehr, dass wir den Zeitgeist getroffen haben und unser Konzept solchen Anklang gefunden hat.

Das Hinterland spricht:

Wir haben das Gefühl, dass das weiträumige Blockade Konzept nicht nur bei autonomen Gruppen Anklang gefunden hat. Das ist an den zahlreichen Aktionen im gesamten Wendland und darüber hinaus zu sehen. Es hat uns gefreut, dass z. B. Küsten oder Waddeweitz, weit ab von der Schiene, immer wieder blockiert wurden. Aber wir sehen die Ergebnisse auch realistisch: die zahlreichen Aktionen sind nicht verwunderlich, denn die Kampagne „Atomstaat stilllegen!“ hat ein altes Konzept aufgegriffen, das sich über die Jahre im Wendland immer weiter radikalisiert hat. Blockaden und Barrikaden vor der eigenen Haustür gehören mittlerweile zum guten Ton jeder lokalen Ortsgruppe. Die Ortsgruppen setzen seit Jahren auf selbstständige und unabhängige eigene Aktionsideen, ohne sich das Label „autonom“ anzuheften. Daher stellen wir fest, ohne die Menschen aus dem Wendland wäre das dezentrale Blokkadekonzept nicht so erfolgreich gewesen. Dabei gibt es in unseren Zusammenhang unterschiedliche Einschätzungen und Eindrücke darüber, wie wirksam unsere Aufrufe waren. So sehen einige, dass dem Aufruf aus dem Frühsommer 2011 nur wenige gefolgt sind. Es fand ab dem Sommer kaum eine Aktion im Bundesgebiet statt. Auch einige Zusammenhänge auf den wendländischen Straßen sind vermisst worden. Daraus ergibt sich die Frage, ob bestehende Gruppen keine Lust hatten, sich frühzeitig mit dem Thema zu befassen oder das Konzept als falsch eingeschätzt wurde.

Obwohl es sicherlich von den jeweiligen Bedingungen und Voraussetzungen in den Städten und Regionen abhängig ist, müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen und uns fragen wie sehr wir die Kampagne politisch vermitteln konnten und den Charme dieses autonomen Konzeptes beispielsweise auf Infoveranstaltungen als ein Teil des Widerstandskonzeptes bewerben konnten. Das bekannte Dilemma zwischen sichtbar und ansprechbar sein und auf der anderen Seite Angst vor Repression zu haben, weil auf militante Aktionen gesetzt wurde, die die gesetzlichen Grenzen der Legalität eindeutig überschreiten, konnten wir nicht auflösen. Um so positiver, dass es Leute gab, die öffentlich über das Konzept gesprochen haben. „Atomstaat stilllegen“ war im Gespräch und auf einer gemeinsamen Pressekonferenz waren wir neben der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, ausgestrahlt, Widersetzen, Castor schottern! und anderen Zusammenhängen vertreten.

Andere hingegen betrachten das rechtzeitige Veröffentlichen eines ersten Aufrufs, die leider unregelmäßig bestückte Internetseite und die folgenden Flyer und Plakate im Herbst als wichtiges und erfolgreiches Mobilisierungsmoment. Wir haben lange nicht so viele entschlossen durchgeführte militante Aktivitäten im Wendland mitbekommen. Wenn auch nicht speziell das dezentrale Blockadekonzept über die Region hinaus Zustrom hatte, war die Kampagne „Atomstaat stilllegen“ präsent. Wir konnten damit militante Politik präsentieren und waren sichtbar als Zusammenhang, der etwas plant und vor Ort sein wird. Unserer Meinung nach konnten wir so viele Leute mit ähnlichen Vorlieben motivieren, im Wendland aktiv zu sein.

Wir alle finden das Konzept nach wie vor richtig, weil wir uns selber organisieren und Verantwortung übernehmen. Und das Ganze hat ordentlich Spaß gemacht und vielleicht geben die zahlreichen Blockaden für andere Gruppen eine Inspiration und machen Lust auf mehr beim nächsten Mal…

Gemeinsam auf zur Schiene

Bei den Camp-Plena wurde entschieden, die „Ralley Monte Göhrde“ am Freitag und „Ende im Gelände“ am Samstag und den „Sturm auf den Castor“ am Sonntag in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei war es vielen wichtig, nicht wie beim Transport 2010 ins offene Messer zu laufen, sondern dieses Mal auf Eigenständigkeit zu beharren. Der Kampagnenaufruf, anschlussfähige Großgruppen-Aktionen anzubieten ist dabei nur zeitweise gut aufgegangen.

Zwar sind zu den festgelegten Zeitpunkten zahlreiche Groß- und Kleingruppen in den Wald gezogen und einige hatten sich gut vorbereitet:

Der abgefackelte Funkmast in der Göhrde, mehrere verbogene Schienenstränge, demolierte Bullenwannen, unterhöhltes Gleisbett und zahlreiche Gleisschuhe sprechen für sich. Wir haben uns selbstbewusst im Wald bewegt. Aber hatten auch das Gefühl, dass sich nach geplanter und ausgeführter Aktion die Gruppen getrennt und in alle Winde zerstreut haben.

In der Einschätzung bewegen wir uns zwischen einerseits „Super, das war besser als sonst“ und andererseits der Frage warum nicht mehr gelaufen ist und ob es der Kampagne an Zeit und Kraft fehlte. Auch hier fragen wir in die Runde: Woran lag es? Zu viel Skepsis gegenüber der autonomen Organisierung? Zu wenig Zeit? Und haben wir mit unserem Konzept Genoss_innen abgehängt? Wir hoffen auf eine weitere Auswertung mit und von anderen Gruppen und ein gemeinsames überlegen, wie es weitergehen kann. Mit diesem Castortransport ist es nicht getan, das wissen wir auch, aber es wäre doch schön, die eine oder den anderen inspiriert zu haben, das vieles möglich ist, wenn wir uns organisieren.

Das Aufsplittern von Aktivist_innen hatte dann auch zahlreiche Übergriffe von Bullen zur Folge. Wir schätzen die Zahl der Verletzten zwar deutlich weniger ein, als beim Transport 2010, wo es tausende Verletzte allein durch Pfefferspray gegeben hat. Allerdings hörten wir diesmal von Bulleneinheiten, die wie wild Jagd auf Kleingruppen weit ab der Schiene gemacht haben und dabei ist es auch zu etlichen schweren Verletzungen gekommen.

Und noch ein Dank an die französischen Genoss_innen:
Wir waren beeindruckt von den Bildern, die gut ausgerüstete und organisierte Aktivistinnen renitent im Tränengasnebel zeigten und waren begeistert, dass trotz der militärischen Übermacht geschottert, Gleise verbogen, Polizeifahrzeuge und Signalanlagen unbrauchbar gemacht wurden. Auch auf der weiteren Fahrt wurde der Transport immer wieder kurz aufgehalten. Wir hoffen, dass wir auch in Zukunft gemeinsam mit unseren französischen GenossInnen einen breiten Widerstand auf die Beine stellen, weiter voneinander lernen und so der international agierenden Atommafia unseren internationalen Widerstand entgegen setzen können.

Wir sehen diesen Text als ersten Schritt einer Auswertung des Castortransportes 2011. Wir sind uns nicht in allen Fragen einig und es schließen sich Fragen an. Für uns ist die Kampagne Teil eines Prozesses. Es wird nicht das einzige Papier aus dem Zusammenhang „Atomstaat stilllegen“ bleiben. Für die weitere Auseinandersetzung, auch um die Schwächen und die Kritik, hoffen wir auf eure Beteiligung.

mit solidarischen Grüßen
„Atomstaat stilllegen“ - weiträumig – unkontrollierbar – renitent
(http://www.castor2011.org)

Die fetten Jahre sind vorbei

Ein Atomausstieg war das nicht, was da im vergangenen Sommer beschlossen wurde, dafür laufen noch viel zu viele Atomanlagen oder werden ausgebaut (9 AKW, Urananreicherungsanlage, Brennelementefertigung, usw.). Doch die fetten Jahre der Atomenergie in Deutschland sind zunächst einmal vorbei. Nicht nur das der Atomkonzern AREVA angekündigt hat rund 1000 Stellen in Deutschland abzubauen, vor allem für die vier großen Stromkonzerne E.on, RWE, Vattenfall und ENBW sind die Zeiten vorbei, in denen längst abgeschriebene AKW täglich enorme Gewinne produzierten. 2011 brach der Gewinn von RWE um 34% ein, der von E.on gar um 50% und ENBW machte 800 Mio. Euro Verlust. Direkt davon betroffen waren die AKW Neubaupläne dieser Konzerne. Nach dem GAU in Fukushima war es zwar nicht mehr möglich in Deutschland AKW zu bauen, in den Nachbarländern sah dies jedoch ganz anders aus. Acht bis 9 AKW Neubauten planten alleine die beiden Konzernriesen RWE und E.on. RWE wollte im niederländischen Borsele zusammen mit niederländischen Firmen an einem bestehenden AKW Standort einen dreimal so großen Reaktor neu bauen. Die Genehmigungsanträge sind bereits gestellt, und im kommenden Jahr sollte es losgehen. Doch nun fehlt RWE das nötige Kleingeld um den 5-6 Milliarden teuren Neubau zu stemmen, oder besser gesagt gegenüber den Aktionären zu vertreten. Denn der jetzige Konzernchef Großmann, ein eingefleischter Atomkraftbefürworter, konnte erst durch massiven Druck der Aktionäre zunächst vom Bau eines Reaktors im Bulgarischen Belene und nun in Borsele abgehalten werden.
Eine noch größere Pleite stellt das gemeinsame Projekt von RWE und E.on dar, in Großbritannien bis zu sechs neue Reaktoren aus dem Boden zu stampfen. Die beiden Konzerne hatten dafür ein Joint venture, „Horizon Nuclear Power“, gegründet, und wollten für rund 18 Milliarden Euro 6000 Megawatt Kraftwerksleistung neu bauen. 2009 ersteigerte Horizon für 230 Millionen Euro zunächst 232 Hektar Land am walisischen AKW Standort Wylfa und später weitere 150 Hektar Land in der Nachbarschaft des AKW Oldbury. (Widerstand: http://shepperdineagainstnuclearenergy.blogspot.de/http://shepperdineagainstnuclearenergy.blogspot.de/, http://stopoldbury.blogspot.de/)
Um so härter traf es die britische Atomlobby, als RWE und E.On im März verkündeten auf Grund fehlender Gewinnaussichten die Neubaupläne wieder einzustampfen. Ohne Subventionen (Forschungsförderung, Euratom, usw.), und einem künstlich hoch gehaltenen Strompreis, rentieren sich AKWs einfach nicht oder wie der künftige RWE Chef Terium es im Handelsblatt ausdrückt: „Bei einem Strompreis von 60 Euro je Megawattstunde können Sie kein Kernkraftwerk bauen“. Als einziger möglicher Investor bleibt nun noch der französische Staatskonzern EDF, der sich sicher sein kann, das der französische Staat genug Geld nachschießen wird, um den Bau neuer französischer Reaktoren im Ausland möglich zu machen. Wie sehr die Atomlobby am Tropf staatlicher Subventionen hängt, zeigte sich auch darin, dass kaum drei Wochen nach dem verkündeten Ende der deutschen Neubaupläne in Großbritannien, ein gemeinsamer Brief der britischen, polnischen, französischen und tschechischen Regierung beim EU-Energiekommisar Oettinger einging, mit der bitte Atomanlagen doch in Zukunft ebenso zu fördern wie regenerative Energien, sie sei schließlich auch CO^2 arm. Mit diesem Anliegen stehen diese vier Länder weitgehend alleine in EU.
Alles gut also mag mensch denken, aber auch Deutschland subventioniert weiterhin den Bau von Atomanlagen. Sei es durch die Förderung der Forschung in den horrend teuren Kernforschungszentren Garchingen, Berlin, Jülich und Karlsruhe, aber auch ganz direkt durch Hermesbürgschaften. Mit einer solchen staatlichen Ausfallabsicherung über 1,3 Milliarden Euro möchte Siemens eine jahrzehnte alte Reaktorruine in Brasilien, Angra 3, fertig bauen. Eine grundsätzliche Zustimmung erteilte die Bundesregierung bereits im vergangenen Jahr, und für die nächsten Woche ist die endgültige Freigabe der Bürgschaft in Aussicht gestellt. (Widerstand: http://urgewald.org/http://urgewald.org/). Es bleibt zu hoffen, das angesichts der sog. Finanzkrise, die Bezuschus-

sung eines solchen Unsinns politisch auch denen nicht vermittelbar ist, die weiterhin Atomkraft für keine schlechte Sache halten. Geblieben ist von allen Neubauplänen deutscher Konzernen neben Angra 3 noch ein E.on Projekt im finnischen Pyhäjoki, wo Ende 2012 mit dem Bau begonnen werden soll. Auch dort rechnet sich das Projekt nur für die energieintensive Papier- und Bergbauindustrie, die den Strom zum Erzeugerpreis bekommen soll, letztlich also wieder eine staatliche Subvention des Kraftwerksbetriebes.

Widerstand:

20.03.12 Kudankulam: Mehr als 20.000 Menschen haben sich an der indischen AKW Baustelle Koodankulam zu Aktionen versammelt. Mehrere hundert von ihnen wurden bereits auf dem Weg dorthin verhaftet. Rund 6000 Polizisten haben das gesamte Gebiet abgeriegelt und angekündigt die Demonstration aufzulösen. Mehr unter: http://www.dianuke.org

28.3.12 Französische AktivistInnen besetzen Im Chefresne bei Coutances eine Reihe von Bäumen, die für den Bau einer Hochspannungsleitung gefällt werden sollen. Diese Hochspannungstrasse soll für den Strom vom im Bau befindlichen Reaktor Flamanville errichtet werden. (Quelle: Resaux sortir du nucleaire)

Am 18.und 19.04. findet ein Protestcamp gegen die Jahreshauptversammlung von RWE in Essen statt.
rweunplugged.blogsport.eu/

Repression:

Im November 2010 wurde der Castortransport nach Gorleben zwischen Celle und Uelzen von mehreren Antiatomaktivist_innen, von denen sich drei an die Gleise gekettet hattendrei an die Gleise gekettet hatten, drei Stunden aufgehalten. Nachdem vor einigen Wochen Strafbefehle und Anklageschriften an Aktivist_innen verschickt wurdenStrafbefehle und Anklageschriften an Aktivist_innen verschickt wurden, steht nun der erste Prozesstermin fest! Am 18. April 2012 um 11 Uhr steht eine Aktivistin wegen Beihilfe zur Störung öffentlicher Betriebe und zur Nötigung vor dem Amtsgericht Bad Oeyenhausen. Celle. Aktuelle Informationen rund um den Prozess findet ihr immer auf:
castorblockadedalle.wordpress.com

Am Montag, den 07.05.12 soll vor dem Amtsgericht in Greifswald gegen zwei Aktivist_Innen verhandelt werden, die im Dezember 2010 an einen Betonblock gekettet einen Transport in das Transport in das Zwischenlager Nord mehrere Stunden aufhielten Transport in das Zwischenlager Nord mehrere Stunden aufhielten. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie öffentliche Betriebe gestört, Eigentum zerstört, sowie den Lokführer genötigt hätten. Die Staatsanwaltschaft fordert 120 Tagessätze a 30€. Die Aktivist_Innen freuen uns über zahlreiche solidarische Unterstützung im Vorfeld, vor Ort und danach! Ihr erreicht die Aktivist_Innen und ihre Unterstützer_Innen unter: blockmin@riseup.netblockmin@riseup.net Weitere Informationen unter:
blockmin.blogsport.eu/
blockmin.blogsport.eu/

Normalbetrieb:

05.04.12 Fukushima: Wieder ist hochradioaktives Wasser aus dem havarierten Atomkraftwerk Fukushima ins Meer gelaufen. Arbeiter entdeckten am Donnerstag ein Leck an einer Aufbereitungsanlage für das radioaktive Kühlwasser, wie der Kraftwerksbetreiber Tepco mitteilte. Mittlerweile scheine kein Wasser mehr auszulaufen, es seien aber offenbar mehrere Tonnen ins Meer geflossen, hieß es.
www.rp-online.de/panorama/ausland
www.rp-online.de/panorama/ausland

06.04.12 Penly: Nach dem Austritt radioaktiven Wassers und einem Brand im Atomkraftwerk Penly in Nordwestfrankreich bleibt der Reaktorblock Zwei vorerst abgeschaltet. Das Atomkraftwerk in der Normandie war am Donnerstag automatisch abgeschaltet worden. Die Feuerwehr musste anrücken, um an zwei Stellen brennende Ölpfützen im Reaktorgebäude des Blocks Zwei der Atomanlage zu löschen. Erst später teilte der Betreiber, der Stromkonzern EDF, mit, dass auch radioaktives Wasser ausgetreten sei.
http://www.ippnw.ch





Flora Termine Mai



Mi 02. Mai 21 Uhr
Konzert
Cobra-Skulls (Punk/Usa)
DPLA (Punk/Kiel)

Fr 04. Mai 19 Uhr
Infoveranstaltung + Konzert
Antifa_soli mit:
Jesus Skins
Feine Sahne Fischfilet
+ tba
Einlass Infoveranstaltung: 19 Uhr
Einlass Konzert: 22 Uhr

Sa 05. Mai 22 Uhr
Party
Mobilisierungs-Electro/Minimal gegen geplanten Naziaufmarsch am 02.06.

So 06. Mai 17 Uhr
Konzert
Damdream
Tales Of Order

D 10. Mai 19 Uhr
Vortrag
Veranstaltungsreihe zum Thema: Antisemitismus von links
weitere Infos unter: Voices Of Germany

Do17. Mai 23 Uhr
Party
SubspAce
Electro/Minimal

Fr 18. Mai 21 Uhr
Konzert
TAMUTAMEN(HC/Black Metal aus Tel Aviv)
KACHEL(HC aus München)
MALATESTA(D-Beat/Crust auch aus München)

Sa 19. Mai 21 Uhr
Soliparty für ein AZ-Altona

Do 24. Mai 19 Uhr
Vortrag
Veranstaltungsreihe zum Thema:
Antisemitismus von links
weitere Infos unter: Voices Of Germany

Fr 25. Mai 19 Uhr
Film
Veranstaltungsreihe zum Thema: Antisemitismus von links
weitere Infos unter: Voices Of Germany

Sa 26. Mai 14 Uhr
Workshop
Veranstaltungsreihe zum Thema: Antisemitismus von links
weitere Infos unter: Voices Of Germany

Sa 26. Mai 20 Uhr
Konzert
Ab und zu tut ein kleiner Tapetenwechsel ganz gut, daher versammelt sich die Störtebeker Fishcore Crew zu einem kleinen Stelldichein in der Roten Flora mit
FOREIGN OBJECTS(Punkrock // Boston USA)
MULLTUTE(80ies Punk-Hardcore Duo // Berlin)
KENNY KENNY OH OH(Grrrl Punk // Leipzig/Berlin)

So 27. Mai 19 Uhr
Konzert
BRIDGE & TUNNEL

Do 31. Mai 21 Uhr
Mobilisierungs-Konzert für Aktivitäten gegen den geplanten Naziaufmarsch am 02.06.
JA, PANIK
SUPERSHIRT

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefallt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr